



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

22. Sitzung (öffentlich)

9. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 11:36 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 7

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 2 und 6 heute nicht zu behandeln.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000
Vorlage 18/1450 (Erläuterungsband)

Beantwortung von Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 07
Vorlage 18/1802

Änderungsanträge
– Tischvorlage – (s. *Anlage 1*)
– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 1, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AFD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, laufende Nr. 2, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufend Nr. 3, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 4, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP, laufende Nr. 5, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 6, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, laufende Nr. 7, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 8, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 9, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und SPD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, laufende Nr. 10, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 11, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD, den unveränderten Einzelplan 07 anzunehmen.

2 Schaffung eines Landesbetroffenenrats und Landesbeauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte 30

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4023

Ausschussprotokoll 18/327

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4231

– wird nicht behandelt

3 Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowie ein echtes Solidarticket 31

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4584

Schriftliche Anhörung
des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 18/956
Stellungnahme 18/964
Stellungnahme 18/971
Stellungnahme 18/973
Stellungnahme 18/975
Stellungnahme 18/977
Stellungnahme 18/985
Stellungnahme 18/998
Stellungnahme 18/1034

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

4 Das kleine A B C für eine kindgerechte Sprachförderung – NRW braucht ein ganzheitliches Konzept 33

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5429

Schriftliche Anhörung des
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Stellungnahme 18/981
Stellungnahme 18/986
Stellungnahme 18/991
Stellungnahme 18/992
Stellungnahme 18/996
Stellungnahme 18/999
Stellungnahme 18/1001
Stellungnahme 18/1002
Stellungnahme 18/1007
Stellungnahme 18/1033

– Wortbeiträge

5 Ermöglichen statt ausbremsen – Kita-Gründungen durch Elterninitiativen vereinfachen und stärken 36

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6366

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen unter den Obbleuten zu besprechen.

- 6 Anstieg sexueller Übergriffe unter Kindern in NRW-Kitas. Sexualpädagogische Konzepte konsequent offenlegen!** **37**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6374
- wird nicht behandelt
- 7 Brandbrief der Städte und Gemeinden an den Ministerpräsidenten – Unsere Kommunen brauchen eine kommunalfreundliche Landesregierung** **38**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6383
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.
- 8 Gesicherte Förderung für thematisches Jugendtheater** **39**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6387
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.
- 9 Sexuelle Übergriffe unter Kindern in NRW-Kitas (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2])** **40**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1884
- Wortbeiträge

- 10 Kita-Zuschüsse per fachbezogener Pauschale. Nach welchen Kriterien werden die 100 Millionen Euro verteilt? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **41**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1831
- Wortbeiträge
- 11 Wie haben sich die Kita-Schließungen im laufenden Kita-Jahr und im Vergleich zum Vorjahr entwickelt? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **42**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1904
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 12 Sachstand Umwandlung heilpädagogischer Einrichtungen (Kita) (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **44**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1877
- keine Wortbeiträge
- 13 Bericht zum Thema „FC 24 – Gaming in der offenen Kinder- und Jugendarbeit“ (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])** **45**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1901
- Wortbeiträge
- 14 Verschiedenes** **46**
- keine Wortbeiträge

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Wolfgang Jörg teilt mit, dass die erkrankte Ministerin heute vom Staatssekretär vertreten wird.

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 2 und 6 heute nicht zu behandeln.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000
Vorlage 18/1450 (Erläuterungsband)

Beantwortung von Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 07
Vorlage 18/1802

Änderungsanträge
– Tischvorlage – (s. *Anlage 1*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Gesetzentwurf wurde am 23.08.2023 nach der 1. Lesung mit den Stimmen aller Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgen, überwiesen.)

Vorsitzender Wolfgang Jörg gibt organisatorische Hinweise.

Jens Kamieth (CDU): Ich will nur zwei Sätze zum allgemeinen Haushalt sagen, weil ich glaube, dass allen gut bekannt ist, dass wir in wirklich schwierigen Zeiten leben. Hohe Inflation, hohes Zinsniveau, schwache Wirtschaftslage führen zu schlechteren Steuereinnahmen. Das wird im nächsten Jahr so sein, und wir hoffen sehr, dass das im übernächsten Jahr etwas besser wird. Allerdings lässt gerade die aktuelle Schätzung wenig Anlass zur Hoffnung. Deswegen sind wir sehr froh, dass wir im kommenden Jahr ganz klar Familie, Kinder und Jugend in den Mittelpunkt der Zahlen und auch unserer Politik stellen.

Wir haben klare Linien gesetzt. Mit vereinten Kräften aller Ressorts versuchen wir, wirklich faire Chancen und ein gutes Aufwachsen in unserem Land zu ermöglichen. Ich will in diesem Rahmen, gerade weil wir auch Abgeordnete als Gäste haben, die nicht in jeder Sitzung hier sind, sagen: Ich will den anderen Ressorts ausdrücklich dafür danken, dass hier wirklich ein Kraftakt für Familie, Kinder und Jugend vorgelegt worden ist.

Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf dem System der frühkindlichen Bildung. Wir investieren in Sprachkitas. Der Bund hat das Programm bekanntlich eingestellt. Die Landesregierung hat ihr Versprechen eingelöst, die Forderungen zu übernehmen. Als eines der ersten Bundesländer überhaupt sichert Nordrhein-Westfalen die Sprach-

kitas langfristig ab und stellt dafür zukünftig jedes Jahr rund 38 Millionen Euro zur Verfügung.

Das Gleiche gilt für die Kitahelferinnen und -helfer. Sie sind ein Erfolgsmodell; das weiß jeder hier im Raum. Die Aktiven, vor allen Dingen die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, werden dadurch effektiv entlastet. Wir sichern dieses Erfolgsmodell ab. 140 Millionen Euro im Jahr sind gut investiertes Geld.

Das Haushaltsvolumen hat sich seit 2010 etwa verdoppelt; die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung haben sich in diesem Zeitraum sogar verfünffacht. Im kommenden Jahr stehen damit erstmals über 5 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist eine sehr große Zahl, mit der sich das Land an einer kommunalen Pflichtaufgabe beteiligt.

Natürlich erhalten wir im Moment viele Briefe aus der Trägerschaft; ursächlich sind finanzielle Probleme vieler Kitaträger. Der Grund sind die hohen Abschlüsse im öffentlichen Dienst. Ich will das gerne auch in dieser Runde nochmals betonen: Das Land hat diese Abschlüsse nicht verhandelt; das waren Bund und Kommunen. Trotzdem helfen wir auch hier noch mal mit 100 Millionen Euro als Überbrückungshilfe sofort und stellen dieses Geld zur Verfügung.

Insgesamt fließen damit im Jahr 2024 über 550 Millionen Euro frisches Geld in das System, um die frühkindliche Bildung, die Kindertagesbetreuung abzusichern. Dieser Kraftakt für die frühkindliche Bildung wird in der Stellungnahme des Kinder- und Jugendrates übrigens anerkennend erwähnt – ich zitiere –:

„Die hohe Priorisierung der frühkindlichen Bildung durch die finanzielle Existenzsicherung der Kitas befürworten wir.“

Auch bei anderen Bereichen des Einzelplans zeigt sich unsere grundsätzliche Schwerpunktsetzung. Die Dynamisierung des Kinder- und Jugendförderplans wird selbstverständlich vollzogen. Ich darf an dieser Stelle auch schon mal ankündigen, dass wir gemeinsam mit unserem geschätzten Koalitionspartner, den Grünen, auch die Kürzungen in Titelgruppe 68 auffangen werden.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ah!)

Davon profitiert die Jugendarbeit für Menschen mit Migrationshintergrund. Insbesondere die Demonstrationen am vergangenen Wochenende sollten jedem deutlich machen, dass gerade Demokratieförderung in diesem Bereich außerordentlich wichtig ist. Hier weiß ich unsere Jugendverbände als starken Partner.

Apropos Jugendverbände: Auch der Landesjugendring stellt dem Haushalt übrigens ein gar nicht so schlechtes Zeugnis aus;

(Frank Müller [SPD]: Gar nicht so schlecht?)

ich zitiere wiederum:

„Eine langfristige Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe der Landesregierung, weshalb wir es sehr begrüßen, dass dem im Haushaltsplan für das Jahr 2024 weiterhin Rechnung getragen wird.“

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist eine Pflichtaufgabe!)

Außerdem werden wir innerhalb der Titelgruppe 70 die gute Arbeit der Familienverbände über den Haushaltsplanentwurf hinaus zusätzlich fördern. Schließlich haben wir jüngst in diesem Ausschuss den Verband alleinerziehender Mütter und Väter zu Gast gehabt. Als Zukunftscoalition aus Grün und Schwarz möchten wir diese Arbeit der Beratungsstelle für Alleinerziehende stärken. Das ist ein echtes Pfund, insbesondere im Kampf gegen Kinderarmut. Auch hier darf ich zwei Haushaltsänderungsanträge der Zukunftscoalition ankündigen, nämlich einen zugunsten der Landesfachstelle Alleinerziehende und einen zugunsten der Familienverbände.

Wir alle wissen natürlich, was jetzt gleich passiert: Wir haben zahlreiche Änderungsanträge der Opposition zum Haushalt. Die wird Gelder fordern, die einfach nicht da sind. Bis zu 5 Millionen Euro in einem Einzelantrag – das darf Opposition; sie muss auch keine Deckungsvorschläge machen, aber seriös ist das natürlich nicht.

Wie unseriös Haushaltspolitik sein kann, kann man gerade am Vorschlag der SPD verfolgen, vermeintliche Mehreinnahmen für den Erhalt der sozialen Infrastruktur einzusetzen. Unter anderem sollen Kitas von einem Rettungspaket über 500 Millionen Euro profitieren. Vom Wunsch zur Wahrheit: Der haushaltspolitische Sprecher der SPD hat sich noch im September vom Finanzminister berichten lassen, dass die tatsächlichen Einnahmen des Landes im August rund 1,8 Milliarden Euro unter dem Vorjahr liegen und damit auch deutlich unter den Planungen. Der Hintergrund ist schlichtweg der Ablauf der Bilanzplanung, der Aufstellung des Haushaltes. Wir hatten eine bessere Oktober-Steuerschätzung, aber der Haushalt 2023 wurde auf Grundlage der schlechteren Mai-Steuerschätzung erstellt und nicht auf der besseren Oktober-Steuerschätzung 2022.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist doch genau unser Punkt!)

Selbst nach der verbesserten Schätzung liegen die Steuereinnahmen für 2023 immer noch unter dem Wert, der im Oktober 2022 geschätzt und auf dessen Grundlage der Haushalt aufgestellt wurde. Die Einnahmeerwartung hat sich also im Vergleich zur Haushaltsaufstellung nicht deutlich verbessert. Es ist schlichtweg weniger Geld da – minus bleibt minus.

Was die Wählerinnen und Wähler auch angesichts der Aufregung des Kollegen Maelzer von so einem Politikstil halten, konnte man gerade am Wochenende wieder den Umfragen entnehmen: Wir sind inzwischen fast doppelt so stark wie die SPD. Insgesamt verlieren alle Oppositionsparteien, und CDU und Grüne gewinnen dazu. Das ist der Lohn einer seriösen Politikarbeit. Das verleiht Rückendeckung für unseren weiteren politischen Weg hier in Nordrhein-Westfalen: keine falschen, keine unrealistischen Versprechungen, dafür klare Prioritäten und Investitionen für unsere Zukunft, für unsere Kinder. Dem Einzelplan stimmen wir natürlich zu.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Herr Kamieth ist auf die einzelnen Kapitel nicht mehr eingegangen; das muss man auch nicht unbedingt.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Da muss man sich ja eine Menge Stichpunkte machen, weil man so viel richtigstellen muss; ich fürchte, das werde ich gar nicht an jeder Stelle

schaffen. Da merkt man auch mal, wie lang zwei Sätze sein können. Ich werde mich dann auch nicht an den Vorschlag des Vorsitzenden halten, sondern auch eine allgemeine politische Bewertung machen. Ich werde allerdings anschließend noch zwei inhaltliche Fragen stellen, die hoffentlich noch beantwortet werden.

Ich möchte mit der Legende aufräumen, dass dieser Haushalt den Schwerpunkt auf Familie und Kinder legen würde – das Gegenteil ist der Fall: Wenn sich eine Landesregierung damit rühmt, dass sie vor allen Dingen erfüllt, was gesetzlicher Anspruch ist, und dadurch natürlich Aufwüchse an manchen Stellen in diesem Haushalt entstehen, ist das eine pure demokratische Selbstverständlichkeit. Dass sich Regierungen an Gesetze halten, sollte auch in Zukunft in unserem Land weiterhin Usus sein. Das Gleiche erwarten wir natürlich auch von der schwarz-grünen Landesregierung. Da wäre vielleicht ein wenig weniger Selbstlob angebracht.

Sie haben Änderungsanträge angekündigt, auch in einem kleineren Volumen. Das finde ich spannend, weil es den Oppositionsfraktionen immerhin gelungen ist, Änderungsanträge, die ein kleineres Volumen beinhalten, auch in dieser Runde zur Abstimmung zu stellen. Vielleicht machen Sie es sich einfach: Es gibt einen FDP-Antrag zur Titelgruppe 68, der auch die Kürzungen zurücknehmen will. Wir würden dem FDP-Antrag zustimmen. Das können Sie ja auch machen; dann hätten wir einen geeinten Beschluss der demokratischen Fraktionen, sodass die Träger der Jugendverbandsarbeit nicht länger auf Klarheit an der Stelle warten müssten. Eigentlich fände ich es auch ein gutes Signal, wenn wir uns einig sind, dass wir es dann auch gemeinsam machen.

Sie sind aber auch darauf eingegangen, dass Sie 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen wollen. In diesem blauen Büchlein steht das nicht drin. Das Ganze soll in einer Ergänzungsvorlage zum Haushalt stehen; diese Ergänzungsvorlage zum Haushalt liegt uns aber zur Stunde überhaupt nicht vor. Das Einzige, was ich kenne, ist eine Pressemitteilung der Landesregierung. Auf der Basis von Pressemitteilungen lässt sich aber schlecht Haushaltsplanberatung machen. Ich finde es schon ein Stück weit befremdlich, wenn das doch ein Schwerpunkt Ihrer Regierungsarbeit sein soll, dass Sie es nicht schaffen, bei dem entsprechenden Haushalt diese Vorlage auch vorzulegen.

An der Stelle möchte ich auch noch mal auf den immer wieder genannten Satz eingehen, dass das Land die Tarifabschlüsse nicht mitverhandelt hat. Das ist keine verdammte neue Erkenntnis: Das Land verhandelt die Tarifabschlüsse in dem Bereich niemals mit. Dennoch haben wir die gesetzliche Grundlage, dass es auf Grundlage dieser Tarifabschlüsse über die KGSt-Werte eine entsprechende Dynamisierung gibt. Also brauchen Sie sich gar nicht immer so künstlich von den Tarifabschlüssen zu distanzieren. Die SPD-Fraktion findet es richtig, dass Erzieherinnen und Erzieher zusätzliches Geld bekommen, dass sie einen Ausgleich für die hohen Inflationkosten bekommen. Dass Sie immer wieder betonen, dass Sie nicht daran beteiligt waren, lässt nur darauf schließen, dass Sie unsere Auffassung in der Hinsicht nicht teilen. Das finde ich hochgradig bedauerlich, aber das werden wir natürlich den Erzieherinnen und Erziehern gerne immer wieder mitteilen.

Dann sagen Sie, Sie haben die Sprachkitas verstetigt. Die Verstetigung der Sprachkitas gäbe es, wenn sie im Gesetz stünden. Im Moment erleben wir, dass die Zahl der

Sprachkitas in Nordrhein-Westfalen zurückgeht. Ich bedauere sehr, dass die Bundesfamilienministerin Paus diesem wichtigen Programm keine Priorität eingeräumt hat. Man muss aber gleichzeitig dazu sagen, dass die Landesfamilienministerin Paul mit zu verantworten hat, dass die Zahl der Sprachkitas in Nordrhein-Westfalen sinkt. Auch da haben Sie dann wieder Einsparungen im Haushalt. Ich bin gespannt, wofür Sie die dann verwenden wollen.

Sie sind auf die Kitahelfer eingegangen und haben auch da gesagt, Sie würden das verstetigen. Nein, das tun Sie nicht, denn auch diesem Vorschlag der beiden demokratischen Oppositionsfraktionen, sie im KiBiz zu verankern, sind Sie nicht nachgekommen. Das Ganze bleibt im Programmstatus verhaftet. Damit gibt es eben keine Planungssicherheit. Wir haben doch jetzt schon wieder die Situation, dass sich Kitahelferinnen und Kitahelfer vorsorglich arbeitslos melden müssen. Was ist das für eine unwürdige Situation, die wir seit Beginn dieses Programms erleben, wenn wir den Menschen, die wir doch dringend in unseren Kitas haben wollen, immer wieder erklären müssen „Jetzt müsst ihr euch gegen Ende des Jahres aber vorsorglich arbeitslos melden“? Das hat mit Respekt und Wertschätzung überhaupt nichts zu tun. Das liegt eben an Ihrer mangelnden Bereitschaft, für eine wirkliche Planungssicherheit zu sorgen.

Wenn Sie dann erzählen, Kinder und Familie hätten Priorität in Ihrem Haushalt, bin ich erst mal froh, dass die Kürzungen bei der Jugendarbeit weggenommen werden sollen. Ich mache Ihnen übrigens einen Vorschlag, wo wir vielleicht auch gemeinsam Gehirnschmalz darauf verwenden und zu einem gemeinsamen Antrag kommen sollten: Es hat jetzt einen Zehnpunkteplan der Landesregierung zur Bekämpfung von Antisemitismus gegeben. Darin soll eben auch die Jugendarbeit das Ganze stärker in den Fokus nehmen. Das macht sie vor allen Dingen dann stärker, wenn wir ihr auch zusätzliche Mittel genau für diesen Bereich zur Verfügung stellen. Ich glaube, das wäre ein guter Ansatz der demokratischen Fraktionen, gemeinschaftlich zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, da haben wir im Rahmen der Haushaltsplanberatung noch ausreichend Zeit; ich fände das ein gutes und wichtiges Signal.

Sie kürzen eben auch noch an anderen Stellen. Sie kürzen beispielsweise auch beim Programm kinderstark zur Bekämpfung von Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen. Wir haben in diesem Jahr im Landtag öfter über Armut diskutiert, haben unterschiedliche Vorschläge gemacht. Der Hinweis der regierungstragenden Fraktion war immer, Nordrhein-Westfalen hätte doch das Programm kinderstark. Ich habe darauf verwiesen, dass nur 15 Millionen Euro drin sind und man natürlich für die Bekämpfung von Kinderarmut deutlich mehr tun müsste.

Jetzt haben Sie aber in der Tat die Chuzpe, bei diesen 15 Millionen Euro auch noch zu kürzen. Das ist dann also die Prioritätensetzung von Schwarz-Grün für Kinder und Familie. Das einzige Programm, was Sie immer wieder öffentlich anführen, was zur Bekämpfung von Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen einen entscheidenden Beitrag leisten soll, kürzen Sie auch noch. Wir werden einen Änderungsantrag stellen, und ich kann Sie nur herzlich bitten, das noch einmal zu überdenken.

Vielleicht liegt es auch daran, dass weder der geschätzte Kollege Kamieth noch ich Haushaltspolitiker sind: Ich fand die Hinweise vom Kollegen Kamieth entweder völlig durcheinander, oder er hat die Anregung des haushaltspolitischen Sprechers, Alexander

Baer, und mir begründet. Sie haben eben ausgeführt, die Planungen erfolgen auf Grundlage der Mai-Schätzung. Wir alle wissen, dass die Oktober-Schätzungen deutlich besser werden. Wir können von mindestens 500 Millionen Euro mehr Steuereinnahmen für 2023 ausgehen. Vor diesem Hintergrund sehen wir Spielräume, die sich ergeben, wenn man bereit ist, sie über einen Nachtragshaushalt zu nutzen. Wir sollten nicht wieder in die Situation kommen, wie das beim Haushalt 2022 der Fall war, dass uns der Finanzminister im Januar erklärt, dass 2 Milliarden Euro zurückgeflossen sind. Jede Million Euro, die in der jetzigen Situation zurückfließt und nicht bei den Trägern landet, die wirklich mit der Existenz kämpfen müssen, ist eine Million, die falsch eingesetzt ist. Auch da würde ich noch einmal herzlich bitten, ihn sich zu gehen.

Jetzt komme ich zu meinen beiden Fragen. Die eine bezieht sich auf das Programm kinderstark; wir haben dazu ja Fragen an die Landesregierung formuliert. Ich finde es hochgradig bemerkenswert, wenn eine Landesregierung erklärt, sie plant Kürzungen im Haushalt, und wenn man dann fragt, wie sich die Kürzungen auswirken, sie uns erklärt, das wüsste sie nicht, das wüsste sie erst, wenn wir die Kürzungen beschlossen haben. Das ist ein Zirkelschluss, der vernünftige Haushaltsplanberatungen verdammt schwierig macht, denn auf welcher Basis sollen wir denn jetzt solche Entscheidungen treffen, wenn selbst die Landesregierung, die es vorschlägt, nicht weiß, was es für Konsequenzen hat?

Ich will gerade beim Programm kinderstark zumindest eine Frage stellen; Sie werden sicherlich schon Überlegungen angestellt haben. Es gibt ja eine Mindestsumme, die an die Jugendämter verteilt wird; die liegt bei 25.000 Euro. Soll es denn bei dieser Mindestsumme bleiben? Man hat sich ja mal überlegt: Man möchte nicht in Größenordnungen kommen, bei denen es völlig unrealistisch ist, etwas Positives daraus zu machen. Oder soll an dieser Mindesthöhe etwas verändert werden?

Der zweite Punkt. Wir hatten zu Investitionen gefragt. Die Ministerin hatte im Frühjahr angekündigt, dass es eine Erhöhung der Investitionskostenförderung geben soll, weil die sich ja seit Jahren nicht erhöht hat. In der Zwischenzeit haben sich aber die Baukosten deutlich erhöht. In der Antwort auf unsere Frage hieß es, man könnte die Fördersätze ja im Investitionskostenprogramm von 2020 nachlesen. Tut sich da noch was, oder ist das auch eine implizite Kürzung, die Sie im Haushalt vorgenommen haben?

Marcel Hafke (FDP): Wir sind dann jetzt doch in der allgemeinen Debatte. Das ist auch gut so; es ist nicht schlecht, damit anzufangen. Ich finde das schon einen bemerkenswerten Wortbeitrag, den Jens Kamieth für die Koalition gemacht hat. Wir stellen einerseits fest, dass es einen Rekordhaushalt in Nordrhein-Westfalen gibt: Das Land hat so viel Geld zur Verfügung wie niemals zuvor. Die Steuereinnahmen sind um 5 % angestiegen, der Einzelplan 07 um 3 %. Dann zu sagen, man würde einen Schwerpunkt auf Kinder, Jugend und Familie setzen, passt natürlich auch nicht ganz.

Ich finde das schon bemerkenswert, wenn man auf der anderen Seite schaut, wo gestrichen wird. Man muss sich dann schon entscheiden: Ist es denn jetzt ein Sparhaushalt, in dem auch gestrichen werden soll, oder ist es ein Rekordhaushalt? Ich glaube, Letzteres ist der Fall, weil wir ernsthafte Sparanstrengungen weder im gesamten Haushalt noch im Einzelplan 07 finden. Auf der anderen Seite stellen wir fest: Die

regierungstragenden Fraktion sagen, es wäre kein Geld vorhanden, um beispielsweise Kitastrukturen zu retten. Wir haben aber im Haushalt durchaus Mittel in Milliardenhöhe dafür zur Verfügung. Der Finanzminister arbeitet hier und da mit Taschenspielertricks und Selbstbewirtschaftungsmitteln, die in Milliardenhöhe zur Verfügung stehen. Ich glaube, das wissen auch die CDU-Fraktion und die Grünen-Fraktion und wollen einfach das Mittel in anderen Bereich einsetzen. Das ist eine Erkenntnis, die man einfach mal so zur Schau stellen muss.

Wenn sich dann hier für diesen Einzelplan so abgefeiert wird, wundere ich mich, warum 22.000 bis 25.000 Menschen vor dem Landtag demonstrieren und sagen, die finanziellen Mittel würden nicht ausreichen für OGS, für Pflege und für die Kitalandchaft. Wenn das alles so gut wäre, würde es diese Demonstration nicht geben. Die Hütte scheint eher zu brennen. An der einen oder anderen Stelle nachbessern zu wollen, ist zwar gut, aber das reicht nicht. Ich hätte mir gewünscht – das wird vielleicht gleich der Staatssekretär machen –, dass man einordnet, wie man jetzt mit der Kitafinanzierung umgeht, die uns jetzt natürlich alle massiv beschäftigt, weil das Volumen am größten ist. Alles, was dort verloren geht, werden wir so schnell nicht wiederbekommen.

Ich finde es schon bemerkenswert, lieber Jens Kamieth, wenn gesagt wird, man hätte die Tarifabschlüsse nicht verhandelt; das wären die Kommunen. Was heißt denn das? Hätten denn CDU und Grüne, wenn sie das mit der Landesregierung zusammen verhandelt hätten, dem Ganzen nicht zugestimmt? In der Gesamtverantwortung, die wir nach unserem System haben, liegt es, dass diese Sachen auch entsprechend mitgetragen werden. Das Kitasystem beruht darauf, dass das insbesondere vonseiten des Landes und auch der Kommunen gemeinsam getragen und ausverhandelt wird. Wenn man das nicht gut findet, muss man mit den Kommunen in Verhandlungen treten. Ich habe von der Ministerin und vom Staatssekretär allerdings noch nichts gehört, ob man aktuell Nachbesserungen zu KiBiz-Verhandlungen möchte. Man möchte das auf 2026 schieben, wobei die Oppositionsfraktionen jetzt mehrfach angekündigt haben, dass das zu spät ist. Das KiBiz ist in der aktuellen Situation nicht krisenfest. Was mit der KiBiz-Reform passiert ist, passt nicht mehr in die jetzige Zeit. Ich glaube nicht, dass wir bis 2026 Zeit haben. Es muss jetzt nachverhandelt werden; da schweigt die Landesregierung.

Ich danke Dennis Maelzer für die Einordnung der Ergänzungsvorlage. Ich finde es schwierig, darüber tatsächlich zu diskutieren und zu debattieren. Das passt leider ins Bild, was wir von dieser Landesregierung erleben: Ziemlich viel am Parlament vorbei, die das Parlament immer mehr abwerten will. Das ist wirklich nicht im Sinne der Demokratie. Wir haben hier schon die Erwartungshaltung, dass das mindestens zur Zweiten Lesung im Plenum vorliegt und die Landesregierung die Hausaufgaben dort macht oder uns erklärt, wo sie ansonsten die Zeit dafür investiert. Ich finde es mittlerweile schwierig, dass man mehrfach um solche Positionierungen betteln muss. Vielleicht kann der Staatssekretär auch ausführen, wie die 100 Millionen Euro angelegt sind, was damit passiert, im Übrigen auch, was in der Pressemitteilung ...

(Jens Kamieth [CDU]: Das kommt noch!)

– Wir diskutieren ja heute darüber; das müsste ja schon längst vorliegen.

(StS Lorenz Bahr [MKJFGFI]: Das ist doch ein Tagesordnungspunkt heute!)

– Es gibt das geübte Verfahren, eine Ergänzungsvorlage auch vorzulegen, Herr Staatssekretär. Also wäre es auch schön, wenn die Landesregierung ihren Pflichten nachkommt und das auch als Ergänzungsvorlage einbringt, sodass man sich auch vor einer Ausschusssitzung damit beschäftigen kann. Das ist eigentlich der Brauch im Parlament. Daran hat sich die Landesregierung nicht gehalten.

Ich würde auch gleichzeitig noch mal zwei, drei Sachen aufmachen, bei denen die Landesregierung und auch CDU und Grüne ganz gerne eine Einordnung vornehmen können. Ich finde es schon sehr bemerkenswert, auch wenn es nur kleine Summen sind: Auf der einen Seite wird gesagt, man hat nicht ausreichend Geld, um die Kitalandschaft zu unterstützen, hat aber wieder Geld für ein Sommerfest eingestellt. Das alles sind für mich Sachen, die ordnungspolitisch nicht hineinpassen. Ich gönne jedem ein Fest, aber ich weiß nicht, ob das in Zeiten einer Krise, in der man angeblich sparen muss, passt. Die Grünen müssen entscheiden, ob sie sich damit einen Gefallen tun; ich glaube das nicht. Ich könnte mir vorstellen, dass das Geld zum Beispiel – Stichwort: Gegenfinanzierung, Herr Kollege – besser beim Landeselternbeirat angelegt wäre.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Genau!)

Wir wissen alle, dass die Summe, die damals festgeschrieben wurde, ein Einstieg war, dass sich der Landeselternbeirat weiterentwickelt hat und auch ein wichtiger Baustein ist, damit die Kitalandschaft gut aufgestellt ist und es dort einen guten Dialog gibt. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern sind die finanziellen Mittel nicht ausreichend und nicht auf Augenhöhe. Wir haben einen angemessenen Vorschlag geäußert. Ich habe nicht mitbekommen, dass die Landesregierung oder die regierungstragenden Fraktionen darauf eingegangen sind.

Ich würde Ihnen hier und heute einen konkreten Vorschlag machen. Sie können ja wieder alles ablehnen, was von der Opposition kommt, wie es wahrscheinlich auch passieren wird. Wenn Sie einen konkreten Gegenfinanzierungsvorschlag wollen, Herr Kamieth, dann streichen wir das Sommerfest und geben das Geld dem Landeselternbeirat. Ich glaube, das wäre ein angemessener Vorschlag. Das wäre auch substantiell besser.

Ansonsten würde ich mich natürlich auch darüber freuen, wenn der Titelgruppe 68 zugestimmt wird. Ich finde es gut, wenn die Regierungsfaktionen da nachsteuern; das hat ja auch zu Irritationen geführt. Es ist gut, wenn man auf der Strecke klüger wird. Diese Möglichkeit haben Sie heute. Es wäre im Übrigen auch angemessen, das zu tun; das bringt für die Träger und die Beteiligten natürlich Klarheit mit sich.

Unterm Strich könnte ich noch etwas zu vielen einzelnen Punkten sagen, die wir als Änderungsanträge eingebracht haben. Sie wissen genau, warum die eingebracht worden sind, weil die Streichungen, die dort vorgesehen sind, nicht angemessen, nicht in Ordnung und im Übrigen auch nicht begründet sind. Die Landesregierung muss uns erklären, warum sie das nicht getan hat; dazu hat Kollege Maelzer schon etwas gesagt.

Die Lage ist in der gesamten Kinder- und Jugendpolitik massiv angespannt. Es müsste mit mehr Geld und mehr Volumen, mehr klaren Ansagen, mehr Deutlichkeit und mehr Verbindlichkeiten reingegangen werden. Diese Chancen haben Sie, das noch bis Ende Dezember zu tun. Im Moment erkenne ich leider nur wenig bis gar keine Aktivitäten. Daher können wir dem so im Moment nicht zustimmen. Wir hätten aber die Chance, heute einiges zu korrigieren.

Zum Spiel mit der Gegenfinanzierung möchte ich abschließend noch sagen: Wir haben beispielsweise auch die Juleica drin. Darauf lassen wir uns hier nicht ein, denn finanzielle Mittel sind ausreichend im Haushalt vorhanden. Kollege Maelzer hat etwas zu den 500 Millionen Euro gesagt; ich habe gerade etwas zu Selbstbewirtschaftungsmitteln in Milliardenhöhe gesagt. Die genaue Summe können Sie den Kleinen Anfragen, die man ja leider stellen muss, um so etwas herauszubekommen, gerne entnehmen. Es sind Milliarden Euro an Verfügungsmasse vorhanden, wir haben globale Minder Ausgaben, wir haben verschiedenste Möglichkeiten, um Volumen zu generieren, um insbesondere auch bei den Kitas mehr als 100 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Das schaffen andere Bundesländer im Übrigen auch in ihrem jeweiligen Verhältnis. Ich wüsste nicht, warum Nordrhein-Westfalen das nicht gelingen sollte, wenn man das ernsthaft will. – Das ist die erste Einordnung, Herr Vorsitzender. Ich freue mich, wenn der Staatssekretär oder die regierungstragenden Fraktionen vielleicht mehr Licht ins Dunkel bringen.

Zacharias Schalley (AfD): In den Reden der Ministerin und auch der regierungstragenden Fraktionen wurde immer wieder betont, dass Familie, Kinder und frühkindliche Bildung von höchster Bedeutung für Landesregierung seien und von Sparmaßnahmen verschont bleiben sollen. Allerdings sollte man eine Landesregierung nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten messen, und da sieht die Realität anders aus. Vielleicht hangeln wir uns mal entlang der Schwerpunkte, die die Ministerin selbst in ihrer Einführungsrede zum Haushalt gesetzt hat.

Punkt eins. Das Hauptaugenmerk soll auf Familien und Kindern liegen, aber was tun Sie? Sie kürzen die Mittel für Familienerholung um satte 1 Million Euro. Kinder- und Jugendarmut wurde als höchste Priorität genannt. Was tut die Landesregierung? Die Mittel für die Prävention werden gekürzt.

Dann haben wir den immer wieder auch im Plenum behandelten Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung und in den Kitas, eine der größten Herausforderungen wahrscheinlich dieser Legislatur. Da betonte die Ministerin in jeder Ausschusssitzung, dass man dran sei, dass man da was tut. Was macht sie? Sie kürzt die Mittel für eine Ausbildungs-offensive um 3 Millionen Euro mit der Begründung, der Ansatz wäre an die tatsächlichen Bedarfe angepasst worden. Entweder sind die Bedarfe da – dann müssen wir Geld investieren –, oder die Bedarfe sind nicht da; dann kann man kürzen. Dann brauchen wir aber nicht ein Jahr lang über Fachkräftemangel zu sprechen.

Fünftens. Kinderschutz ist ein zentrales Thema, immer wieder auch im Ausschuss. Wir haben die Kinderschutzkommission. Wir beschäftigen uns im Untersuchungsausschuss zu Lügde mit Kinderschutz. Was macht die Landesregierung? Sie sichtet um und versucht zu vertuschen, dass ganze 3 Millionen Euro weniger zur Verfügung

stellt – und nicht nur das: Von den übrig gebliebenen Mitteln werden auch noch neue Stellen zum Kinderschutz mitfinanziert. Der Landesbeauftragte für Kinderschutz und Kinderrechte, der Betroffenenrat, die Kinderschutzprofessur oder was am Ende auch kommen wird, muss also auch noch aus diesem kleiner werdenden Topf bezahlt werden.

Angesichts all dieser Kürzungen muss man die Frage stellen, wohin das Geld denn eigentlich fließt und was die wahren Prioritäten sind. Ich nenne nur beispielhaft das schon mehrfach erwähnte Familienfest, wofür ein paar Hunderttausend Euro da sind, obwohl es nicht stattfinden soll, die Erhöhung der Mittel für Geschäftsstellen von pro familia, die Erhöhung der Mittel zur Förderung von LSBTIQ um mehr als 1,5 Millionen Euro. Die Schwerpunktsetzung der Landesregierung liegt sicherlich auf vielem, aber das sind nicht Familien und Kinder.

Eileen Woestmann (GRÜNE): Ich finde es durchaus spannend, dass die FDP gerade dargelegt hat, wie entspannt die finanzielle Situation doch ist, und offensichtlich gleichzeitig auf Bundesebene so wenig Geld da ist, dass für Kinder in Form der Sprachkitas und im Bereich von Jugend diverse Projekte gekürzt werden müssen. Wenn alles so einfach wäre, dürfte es ja auf Bundesebene ebenfalls einfach sein, und man könnte diese Projekte einfach fortführen. Dann könnte man auch sagen, dass es dafür eine Priorität auch von der FDP gäbe, aber ich glaube, dem Finanzminister ist es wichtiger, die Schuldengrenze einzuhalten.

(Marcel Hafke [FDP]: Die steht so im Grundgesetz, aber macht nichts! – Frank Müller [SPD]: Ich wusste gar nicht, dass du ein Doppelmanat hast!)

Zu Schuldenbremse kann man stehen, wie man möchte: Fakt ist, dass wir auf Landesebene dabei einfach sehr wenig Handhabe haben und die Bundesregierung in der Verantwortung ist, wenn wir die Situation anders handhaben möchten.

Ich finde, dass für die aktuelle Zeit das Haus einen sehr soliden Haushalt vorgelegt hat. Die klare Priorität ist für mich zumindest erkennbar: Die liegt auf frühkindlicher Bildung mit den Alltagshelfer*innen und den Sprachkitas. Mit der Fortführung werden wichtige Punkte gesetzt. Die mittelfristige Finanzplanung ist ebenfalls ein wichtiger Schritt und natürlich auch ein Signal: Es bedeutet gerade im Bereich der Alltagshelfer*innen Entlastung für unsere Erzieherinnen und Erzieher und holt natürlich auch noch mal zusätzliche Hände in die Einrichtungen, die mit dazu beitragen können, dass die Erzieherinnen sich mehr um ihre pädagogische Arbeit kümmern können. In der kommenden Förderperiode sollen die Alltagshelfer*innen auch bei der Unterstützung von Verwaltungsaufgaben eingesetzt werden, was ebenfalls ein wichtiger Schritt ist.

Die Sprachkitas sind und waren ein wichtiges Instrument für die frühkindliche Bildung, gerade im Bereich der Integration. Es ist gut, dass es uns gelungen ist, dass dieses Programm als Landesprogramm fortgeführt wird, auch wenn die Kürzung auf Bundesebene weiterhin bedauerlich bleibt; ich glaube, da sind wir sehr einig. Dass diese beiden Programme fortgeführt werden, ist ein wichtiger Erfolg und eben nicht der gesetzliche Anspruch, sondern geht darüber hinaus

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist aber auch nichts Neues!)

und funktioniert nur durch die Solidarität der anderen Häuser, die das eben mittragen. Dennoch ist uns allen klar, dass auch im Einzelplan 07 gespart werden muss, weil es eben ein Sparhaushalt ist. Wenn dem nicht so wäre, hätte man sich nicht im Innenausschuss, liebe FDP, darüber monieren müssen, dass im Einzelplan des Innenministeriums zugunsten der Kinder gespart wird. Offensichtlich ist es der Fall, dass wir sparen müssen; das ist sehr bitter. Wenn wir Familienpolitiker*innen den Haushalt alleine aufstellen würden, dürften wir uns sehr schnell einig werden, aber so ist es nun mal einfach nicht.

Ich möchte noch etwas zu den 100 Millionen Euro bzw. den Tarifabschlüssen sagen. Dass wir diese Erhöhung nicht mitverhandelt haben, ist Fakt. Uns aber zu unterstellen, dass wir sie nicht begrüßen oder unterstützen oder ihre Notwendigkeit sehen, ist einfach absurd. Natürlich begrüßen wir die Tarifabschlüsse; trotzdem ist die Finanzierungssystematik auch bekannt, und zwar nicht nur uns, sondern auch denen, die mitverhandelt haben.

Die Dynamisierung wird kommen. Das heißt, auch im nächsten Jahr wird die Dynamisierung sehr wahrscheinlich sehr hoch ausfallen, weil einfach die Tarifabschlüsse hineinfallen. Was gerade diskutiert wird, ist die Fortführung der Dynamisierung beziehungsweise eine Überbrückungshilfe oder ein Rettungsschirm, wie immer man das nennen möchte. Dafür hat das Land 100 Millionen Euro bereitgestellt. Dazu wurden harte Verhandlungen geführt. Es ist gut, dass sie gekommen sind; das ist auch zu begrüßen.

Wenn man weiteres Geld fordert wie sowohl die SPD als auch die FDP, muss man sich natürlich schon die Frage stellen, woher das Geld kommen soll. Sie haben gerade gesagt, die Schuldenbremse steht im Grundgesetz; das ist richtig. Trotzdem ist natürlich auch die Frage, wie man mit der Einhaltung der Verfassung umgehen möchte, wenn man im einen Jahr Verfassungsklage einreicht, im anderen aber die Verfassung bewusst ignoriert. Damit führt man Bürgerinnen und Bürger bewusst in die Irre. Wir sind alle dazu angehalten, dass das Geld, das am Ende des Jahres noch übrig ist, wieder in den Haushalt fließen muss.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wenn man keinen Nachtrag macht, ist das so!)

– Wir sind dazu verpflichtet, es zur Tilgung von Schulden einzusetzen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wenn man keinen Nachtrag macht, ist das so!)

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Noch ist Frau Woestmann dran, meine Güte.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Aber vielleicht versteht Sie es ja nicht!)

– Es ist sehr freundlich, dass Sie mich hier belehren wollen. Ich glaube, auch Sie haben die Verfassung noch nicht verstanden; sonst dürften Sie sich so nicht äußern.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Boah! Das ist intellektuell unterirdisch!)

Die Kitafinanzierung steht auf dem Prüfstand. Aktuell läuft die Auswertung von Prognos. Die Novellierung des KiBiz steht an. Dazu gibt es intensive Gespräche, das heißt, wir arbeiten an diesem Thema. Herr Kamieth hat das gerade schon angekündigt: Schwarz-Grün prüft, inwieweit die Kürzungen im Bereich der Landesfachstelle für Alleinerziehende, der Familienverbände und der Titelgruppe 68 abgefangen werden können. Vorbehaltlich dieser Prüfung stimmen wir dem Einzelplanentwurf 07 sehr gerne zu.

Marcel Hafke (FDP): Auf die Wortmeldungen wollte ich dann doch noch mal reagieren, weil ich es bemerkenswert finde. Ich habe in meinem Wortbeitrag gerade erklärt, wo finanzielle Mittel sind. Wenn man dann behauptet, wir hätten keinen Finanzierungsvorschlag, sollte man vielleicht zuhören und darauf eingehen. Ich habe einen klitzekleinen Finanzierungsvorschlag zum Sommerfest und zum Landeselternbeirat gemacht; dazu könnten Sie ja etwas sagen. Das ist eine ganz kleine Position, aber ich kann auch die größere aufmachen:

Fragen Sie mal Ihre Haushälter nach den Selbstbewirtschaftungsmitteln – ich sage es noch einmal – in Milliardenhöhe und nach zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von 500 Millionen Euro. Wir sprechen bei der Überbrückungshilfe von 500 Millionen Euro und davon, die Dynamisierung vorzuziehen, was mit diesem Volumen ungefähr einhergeht. Wenn man will, geht das. Das ist ein ganz konkreter Vorschlag, wie man damit umgehen kann, die Verfassung, das Grundgesetz einhält, im Bund wie im Land. Das kann man machen.

Die Frage ist: Wo liegt die Kraft von Josefine Paul, der Ministerin, sich tatsächlich für die Situation der Kitas einzusetzen? Diese Debatte habe ich hier schon mal vor ein paar Wochen aufgemacht. Da muss jetzt eine Ministerin stehen und dann auch sagen: Das sind die Gelder, die dahinfließen. Wenn wir mehr Steuereinnahmen haben, können wir das ... Wir sprechen ja über einen Einmalbetrag; wir sprechen ja nicht über laufende jährliche Kosten. Wir sprechen über Mittel, die einmal ins System gegeben werden. Dafür kann man die Mittel entsprechend aufwenden; ich habe mehrere Vorschläge dazu gemacht, zu denen man sich äußern kann.

Ich habe sogar noch einen Gegenfinanzierungsvorschlag gemacht, um dem Landeselternbeirat zu helfen, um auch das mal konkret zu sagen. Deshalb finde ich es sehr unseriös, wenn immer behaupten wird, es würden keine Gegenfinanzierungsvorschläge vorliegen. Die sind alle vorhanden. Es ist genügend Geld da. Die Frage ist: Wofür gibt man es aus? Ich habe nicht den Eindruck, dass es in dem Bereich und mit der Priorität ausgegeben wird, in der wir das heute diskutieren. Das wird eher an anderen Stellen gemacht. Das ist eine politische Entscheidung; dann muss man sich die Kritik gefallen lassen.

Jens Kamieth (CDU): Ein bisschen als Replik auf Kollegen Maelzer und Kollegen Hafke; ich fange mal bei dir, lieber Marcel, an. Hier einen Gegenfinanzierungsvorschlag in Form des Familienfestes zu bringen, ist – mit Verlaub – auch unseriös.

(Frank Müller [SPD]: Was ist denn daran unseriös?)

Wir liegen beim Familienfest im niedrigen sechsstelligen Bereich, was die Kapitalmittel betrifft.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Was glaubst du denn, was der Landeselternbeirat bekommt?)

Das steht natürlich in gar keinem Verhältnis zu dem, was ihr hier sonst an Fässern aufmacht. Hunderte Millionen Euro werden im Grunde genommen für die Kitaträger gefordert. Selbst bei kleineren Einzelpositionen wie den Juleica-Fahrmöglichkeiten mit knapp 5 Millionen hilft das Familienfest nun wirklich nicht. Auf der anderen Seite ist das auch ein klares Bekenntnis der Zukunftscoalition zu den Familien, weil nämlich hier bei einem wunderschönen Fest – wir haben das Video hier gesehen; manche von uns waren da – die Familienverbände mal die Gelegenheit bekommen, ihre Leistungsfähigkeit und auch ihr hohes persönliches Engagement zu zeigen. Es waren beispielsweise Vertreterinnen der Kinderreichen auf dem Familienfest vertreten. Es war wunderschön. Die Familien in unserem Land haben es verdient, auch mal an einem Tag durchatmen zu können, sich informieren zu können, den Kindern ein bisschen Freude bieten zu können jenseits der Diskussion über frühkindliche Bildung, Jugendförderung und, und, und.

(Widerspruch von Frank Müller [SPD])

Dass man diesen einen Tag kaputtmachen will, ist mit CDU und Grünen nicht zu machen.

Nächster Punkt. Du sprachst die Selbstbewirtschaftungsmittel an, als ob das das Füllhorn ohne Ende wäre, wo die Ministerin einfach mal mit der Schubkarre in den Keller geht und ein paar Hundert Millionen Euro rausholt. Du weißt ganz genau, dass es so nicht ist. Beispielsweise sind die 100 Millionen Euro Soforthilfe, die wir jetzt noch mal zur Verfügung stellen konnten, ein Zusammenkratzen unter anderem der Selbstbewirtschaftungsmittel. Wir hätten uns auch gewünscht, dass dieses sehr positive Signal früher gekommen wäre, aber das ist eben der Prozess des langen Ringens der Haushälter, wie man dieses Geld tatsächlich noch zur Verfügung stellen kann. Einfach mal „Schatulle auf und noch ein paar Millionen Euro aus den Selbstbewirtschaftungsmitteln rausbauen“ – so läuft das eben gerade nicht.

Dann zu Kollegen Maelzer und Hafke, Stichwort: Alltagshelfer, Sprachkitas. Das ist in dieser Höhe in der mittelfristigen Finanzplanung erstmalig drin. Das ist schon eine gute Entwicklung und eine Absicherung bis zum Ende der Legislaturperiode. Wenn Sie jetzt fordern, das müsste in einem Gesetz abgesichert werden, im KiBiz abgesichert werden, macht das deutlich, wie fadenscheinig und – mit Verlaub – auch populistisch Ihr Auftritt hier ist, weil Sie ganz genau wissen – ich glaube, Sie sind beide seit 2010 im Parlament –, was es bedeutet, wenn man dafür das KiBiz aufmacht. Dann sind wir nämlich in einem ewigen Verfahren: Gesetzesaufstellung, verschiedene Lesungen, Anhörungen usw. Das hilft den Träger nämlich gerade nicht. Da ist der von uns gewählte Weg, die 100 Millionen Euro auf diesem Weg in die Landschaft zu geben, der viel bessere und richtige Weg.

Herr Kollege Maelzer hat jetzt schon zweimal gesagt, er erwartet, dass sich die Landesregierung an Recht und Gesetz hält. Entschuldigung, Dr. Maelzer, diese Krokodils-

tränen lassen Sie sich doch bitte mal in Ihrer Fraktion trocknen. Wenn Sie es vielleicht vergessen haben: Die SPD-Fraktion ist doch Weltmeister der beklagten Haushalte. Zumindest ich habe keine Fraktion im Blick – in der Zeit, die ich überblicke –, die so häufig verfassungswidrige Haushalte durch den Verfassungsgerichtshof attestiert bekommen hat, wie Sie.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Noch ein letzter Punkt, weil ich mich eben tatsächlich versprochen habe. Die Aufstellung des Haushaltes erfolgte aufgrund der Schätzung im Oktober 2022. Die Mai-Schätzung war schlechter. Die Schätzung vom Oktober 2023 ist immer noch schlechter als die Schätzung im Jahr 2022. Für das Verfahren werden die Zahlen vom Oktober 2022 zugrunde gelegt; deswegen sind die Zahlen so, wie sie sind, und zwar insgesamt sehr schlecht. Das zur Klarstellung.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Wir fangen klein an und hören groß auf; zunächst zum Familienfest. Ich möchte in dieser Runde noch einmal zum Ausdruck bringen: Dieses Familienfest, was ja offensichtlich das Füllhorn der Freude für die Familie in Nordrhein-Westfalen ist, findet im Jahr 2024 überhaupt nicht statt. Sie stellen Mittel für ein Fest ein, was im nächsten Jahr überhaupt nicht stattfindet. Sie haben es 2023 ja auch geschafft, dieses Fest zu organisieren, ohne dass Sie dafür Mittel aus dem Jahr 2022 hatten. Das wird Ihnen im nächsten Jahr auch gelingen, wenn denn die Rahmenbedingungen des Haushalts mindestens genauso sind wie heute und man da nicht noch mal stärker ran müsste. Diese Kürzung entscheidet nicht darüber, ob im übernächsten Jahr ein Familienfest stattfindet. Die endgültige Entscheidung treffen wir im Haushalt für 2025. Die Argumentation finde ich schon ein bisschen seltsam.

Ob man ein Familienfest für 800.000 Euro braucht oder ob man vielleicht auch mit 600.000 oder 400.000 Euro ein schönes Familienfest auf die Beine stellen kann, ist vielleicht auch eine Frage, aber wenn das das entscheidende Kriterium ist, glaube ich in der Tat, dass SPD und FDP mehr erwarten, wenn wir die Strukturen für die Repräsentanz von Familien, nämlich den Landeselternbeirat, stärken, als wenn man einmal alle zwei Jahre ein Fest irgendwo im Land veranstaltet.

Sie haben darüber gesprochen, dass es unseriös wäre zu fordern, dass die Kitahelfer und die Sprachkitas im KiBiz abgebildet sein muss. Diesen Vorschlag, dass wir das im KiBiz abbilden, haben wir Ihnen schon im Frühjahr gemacht; es wäre ausreichend Zeit für ein ganz normales Verfahren gewesen. Als wir im Herbst den Vorschlag noch mal gemacht haben, haben wir gesagt: Als demokratische Oppositionsfraktionen sind wir auch bereit, verkürzten Verfahren zuzustimmen,

(Zuruf von der CDU – Jens Kamieth [CDU]: Wunderbar!)

weil wir uns doch eigentlich angeblich einig sind über die Bedeutung dieser Punkte. Stattdessen haben Sie etwas anderes gemacht: Sie haben eine De-facto-Kürzung vorgenommen, indem 10 % Eigenanteil eingefordert werden. Das müssen Sie offensichtlich bei Programmfinanzierung machen. Das hätten Sie nicht machen müssen, wenn Sie unserem Vorschlag gefolgt wären und wir das gesetzlich verankert hätten.

Dann kommen Sie mit der mittelfristigen Finanzplanung. Das ändert doch überhaupt nichts an der Situation, die ich beschrieben habe. Auch dann bleibt es bei der Programmfinanzierung, die immer wieder endlich ist und die auch in Zukunft immer wieder dazu führt, dass sich Leute vorsorglich arbeitslos melden müssen. Das ist aus meiner Sicht immer noch eine Respektlosigkeit. Dass ein Merkposten bei der Landesregierung vorhanden ist, ändert für die Träger an dieser Stelle herzlich wenig.

Ich möchte einmal noch das Thema „Nachtragshaushalt“ in Erinnerung rufen. Wahrscheinlich ist es eine traumatische Erinnerung, nachdem Sie im vergangenen Jahr mit dem Versuch, einen Nachtragshaushalt aufzustellen, so grandios gescheitert sind, dass Sie jetzt eine Riesenangst davor haben, ein ähnliches Instrument wieder einzusetzen. Aber ja, es ist richtig: Wenn man Rückflüsse für Aufgaben nutzen möchte, die neu sind, braucht man erst mal einen Nachtragshaushalt; das ist so. Wenn man sich verweigert, einen Nachtragshaushalt zu machen, müssen die Mittel zur Schuldentilgung eingesetzt werden, aber ich sage Ihnen: Es ist jetzt nicht an der Zeit, übermäßig Schulden zu tilgen, sondern die Träger zu retten, die ansonsten selber Schulden aufnehmen müssen beziehungsweise diese Chance gar nicht mehr haben, weil Kreditlinien überhaupt nicht mehr vorhanden sind. Das ist dann eben eine unterschiedliche Prioritätensetzung, aber tun Sie nicht so, als wären Sie gesetzlich dazu gezwungen. Politisches Handeln ist möglich, aber von Ihrer Seite nicht gewollt.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde jetzt gerne der Landesregierung das Wort geben. Ich will nur sagen: Wir haben 10:20 Uhr. Um 10:45 Uhr beginnen oben die Festivitäten. Ich würde mich freuen, wenn wir den Haushalt hier noch in großer Runde verabschieden könnten. Ich glaube, das wäre der Sache angemessen.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI): Mir sind zwei konkrete Fragen gestellt worden, die ich auch gerne beantworte, aber vorher möchte ich den Versuch einer Aufklärung wagen insbesondere bei den Punkten, die entweder im falschen Zusammenhang vorgetragen worden sind oder offensichtlich nur der Hälfte der Realität entsprechen; so möchte ich versuchen, die ganze Realität darzustellen.

Mehrmals war die Rede von den Steuerschätzungen. Gemäß der Herbststeuerschätzungen 2023 stehen Mehreinnahmen in Höhe von rund 500 Millionen Euro für Nordrhein-Westfalen zur Verfügung, behauptet Herr Maelzer. Diese sollen so verrechnet werden, dass die – Zitat – drängendsten Probleme der sozialen Wohlfahrtsträger in einem Nachtragshaushalt für 2023 – Zitatende – gelöst werden können. Tatsächlich ist es so – das hat Kollege Kamieth eben völlig richtig zusammenfassend gesagt –, dass die Herbststeuerschätzung für das Jahr 2023 zwar höher ausgefallen ist als die Frühjahrssteuerschätzung für das Jahr 2023, allerdings – und das ist das Entscheidende – niedriger als die Steuerschätzung 2022, auf der laufende Haushalt aufgebaut worden ist. Insofern stehen nicht mehr Einnahmen zur Verfügung, sondern immer noch Steuermindereinnahmen.

Ich kann das auch ganz konkret weiter ausführen: Der Ansatz für die Steuereinnahmen im Haushalt 2023 liegt bei 74,37 Milliarden Euro. Die Regionalisierung des aktuellen

Steuerschätzergebnisses prognostiziert dem Land Steuereinnahmen in Höhe von 73,75 Milliarden Euro. Somit wird es im Haushaltsvollzug 2023 eben keine Steuer-mehreinnahmen geben, sondern Mindereinnahmen in Höhe von 620 Millionen Euro. Angesichts der nach wie vor schleppend verlaufen konjunkturellen Entwicklung ist zu-dem nicht davon auszugehen, dass sich die Steuereinnahmesituation in diesem Jahr gegenüber der Herbststeuerschätzung 2023 noch verbessern könnte.

Zwar weist die Herbststeuerschätzung 2023 gemäß der Pressemitteilung des Bundes-ministeriums der Finanzen im Vergleich zur Maisteuerschätzung 2023 für die Länder-gesamtheit zusätzliche Steuereinnahmen von 2,7 Milliarden Euro für das Jahr 2023 aus; daraus jedoch Mehreinnahmen von rund 500 Millionen Euro zu schließen, greift eben zu kurz, und zwar nicht nur, weil die Steuern auf die Länder nicht per Königsteiner Schlüssel verteilt werden, sondern weil schlicht und ergreifend der Vergleichsmaßstab, der herangezogen wird, nicht stimmt. Der Ansatz für die Steuereinnahmen des Haus-haltes 2023 basiert eben auf den Ergebnissen der Herbststeuerschätzung und nicht auf der Mai- oder Herbststeuerschätzung für 2023. Insofern stehen weniger Mittel zur Verfügung als ursprünglich für den Haushalt prognostiziert.

Die Ergänzungsvorlage ist am Dienstag vom Kabinett beschlossen worden. Sie ist auf dem Weg in den Landtag. Ich weiß nicht, wo sie ist, aber sie geht auf jeden Fall in den Haupt- und Finanzausschuss und wird dort auch beraten werden. Das ist der übliche Brauch in diesem Haus. Dann ist eben behauptet worden, dass die Dynamisierung der KiBiz-Pauschalen den TVöD widerspiegelt. Das ist nicht ganz richtig.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich habe gesagt, dass ... Einmal zuhö-ren! – Christina Schulze Föcking [CDU]: Also bitte! – Zuruf: Das ist eine Unverschämtheit!)

Die KGSt-Werte werden zugrunde gelegt und bilden die vollständigen Personalkosten der Arbeitgeber für die Arbeitnehmer und damit indirekt auch die Steigerung des TVöD, aber nicht nur diese ab, weil sie zum Beispiel eben auch das durchschnittliche Alter des beschäftigten Personals widerspiegeln. Tatsächlich müssen wir davon ausgehen, dass die TVöD- Steigerungen, mit denen wir es im Moment zu tun haben und die in-frage stehen, nicht vollständig mit dem Kitajahr 2024/25 schon in die KGSt-Werte ein-geflossen sein werden, sondern wahrscheinlich erst mit dem Jahr 2025/26. Insofern gehe ich davon aus, dass wir mit dem, was wir eben als Dynamisierung vorgezogen haben, vollständig die Steigerungen auch des TVöD abdecken werden. Insofern haben wir hier in Teilen diese Dynamisierung. Das steht so zunächst einmal nicht im Gesetz. Wir hätten uns streng an den KGSt-Werten orientieren können; dann wären wir wahr-scheinlich ein Jahr später gewesen, zumindest was die vollständige Höhe der Mittel anbelangt.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

– Doch. – Dann war die Rede von den Sprachkitas und dem Vorwurf an das Haus und die Ministerin, dass hier offensichtlich auch gekürzt würde beziehungsweise dass die Kitas an dieser Stelle schon weniger Angebote machen, als ursprünglich im Bundes-programm vorgesehen war. Das ist insofern richtig, als die Träger, um diese Mittel beim Land abrufen zu können, entsprechende Anträge stellen müssen. Wir nehmen

zur Kenntnis, dass mit der Übernahme des Landesprogramms eben weniger Anträge gestellt worden sind. Das mag auch an der langen Diskussion mit dem Bund oder zwischen den Bundesländern gelegen haben, wie dieses Programm übernommen wird, aber nachdem wir es übernommen hatten, müssen wir feststellen, dass schlicht und ergreifend weniger Anträge eingegangen sind. Dann brauchen wir auch für dieses Bundesprogramm, das wir übernommen haben, nicht mehr Geld in den Haushalt einzustellen, das am Ende nicht abgerufen wird.

Dann kam der Vorschlag, Kitahelfer oder die Sprachkitas in das KiBiz zu übernehmen. Die steile These war, mit einem normalen Gesetzgebungsverfahren, das im Frühjahr hätte begonnen werden können, wären wir im Herbst dieses Jahres durch gewesen. Das ist schlicht und ergreifend so, wie Gesetze entwickelt und auch beraten werden, mit einem normalen Verfahren nicht möglich.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Ich sage allerdings zu, dass in einem normalen Verfahren, das im Moment erarbeitet wird, mit der nächsten KiBiz-Revision diese beiden Positionen selbstverständlich in das KiBiz übernommen werden.

Dann war die Rede von einer These, die richtig ist; das haben wir – nicht die Landesregierung, sondern wir alle, die wir uns mit diesem Thema schon länger beschäftigen, jetzt erst bemerkt –, dass eben das KiBiz nicht krisenfest und nicht in der Lage ist, auch mit den KiBiz-Pauschalen so schnell zu reagieren, wie es bei unerwartet hohen Tarifsteigerungen notwendig gewesen wären. Ich will an dieser Stelle zunächst einmal sagen: Das KiBiz, wie es heute vorliegt, ist das KiBiz, was die Landesregierung vorgefunden hat. Wir werden auch an dieser Stelle Änderungen vornehmen.

Allerdings ist auch die These formuliert worden, dass es für die Landesregierung ohne Weiteres möglich gewesen wäre, den Ansatz zu erhöhen. Mit einem Blick in das KiBiz hätten Sie feststellen können, dass zumindest nach dem KiBiz-Gesetz die Mittel des Landeselternrates ausdrücklich begrenzt sind. Ich will nur noch einmal sagen: Das ist nicht unser Gesetz, Marcel Hafke; das haben wir so vorgefunden.

(Marcel Hafke [FDP]: Gesetze kann man ändern!)

Das werden wir dann bei der nächsten KiBiz-Reformen auch in den Blick nehmen. Angesichts der Forderung an die Landesregierung, sich an Recht und Gesetz zu halten, will ich sagen: Wir hätten von unserer Seite an dieser Stelle nichts vornehmen können.

Überrascht war ich allerdings – das muss ich ausdrücklich sagen – beim Thema „Antisemitismus im Kinder- und Jugendförderplan“. Es ist völlig richtig, dass diese Position auch Bestandteil dieses Zehnpunkteplans ist, der gestern veröffentlicht worden ist, aber dass wir auch über den Kinder- und Jugendförderplan Antisemitismus nur dann bekämpfen, wenn es zusätzliches und neues Geld gibt, würde mich jetzt wirklich irritieren.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Boah!)

Es ist uns möglich, über den Kinder- und Jugendförderplan – so, wie er aufgestellt ist, auch in seiner Projektfinanzierung – Mittel gezielt in bestimmte Themenfelder zu steuern. Genau das haben wir gestern gesagt.

Dann ist der Vorwurf formuliert worden, dass bei kinderstark gekürzt wird. In der Tat sind aufgrund einer allgemeinen Sparvorgabe auch aus dieser Position Mittel genommen worden. Herr Maelzer, Sie haben sich daran gestoßen, dass wir offensichtlich nicht in der Lage wären zu sagen, an welcher Stelle gekürzt wird. Wir können zusagen, dass alle Maßnahmen, die heute über kinderstark refinanziert werden, auch weiterhin refinanziert werden können. Darüber hinaus sind wir weiterhin bemüht, alle Kommunen in dieses Projekt zu holen. Diese Kürzung von kinderstark basiert zunächst einmal auf der Annahme, dass die Mittel, die heute in dem Programm sind – und das ist auch im Haushaltsvollzug im Moment der Fall –, nicht vollständig verausgabt werden. Wenn wir mehr Geld brauchen auch für das Programm kinderstark, so ist kinderstark Teil eines Deckungskreises. Dann wird es uns möglich sein, auch die entsprechenden Mittel aus anderen Positionen dieses Deckungskreises herauszuholen.

Abschließend zum Familienfest. Etatisiert worden sind die Planungskosten, die wir für dieses Jahr veranschlagen. Wir hatten die Herausforderung, dass wir das erste Familienfest sehr kurzfristig umgesetzt haben. Wir sind jetzt in der glücklichen Lage, dass wir – da es die Festlegung gibt, dieses Fest alle zwei Jahre zu veranstalten – in eine ordentliche Planung gehen können. Die Ausschreibung der Interessenbekundung der Kommunen ist in Vorbereitung. Insofern ist nach dem Familienfest vor dem Familienfest.

Zu kinderstark, der Frage von Herrn Maelzer, habe ich geantwortet.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Aber nicht auf meine Frage!)

Die letzte Frage betrifft die Investitionskostenförderung. Diese Förderrichtlinie ist längst fertig. Sie liegt bei der Normprüfstelle; wir erwarten sie quasi stündlich, täglich oder wöchentlich. Das Haus ist allerdings darauf angewiesen, dass die Prüfstelle ihren Stempel aufdrückt. Dann kommt eine veränderte und mit entsprechend erhöhten Sätzen versehene Investitionskostenförderrichtlinie für die Kitas in der Folgezeit.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen. Wären Sie damit einverstanden, dass wir dann die Wortmeldungen schließen?

(Marcel Hafke [FDP] winkt ab.)

– Nein? Dann geht es fröhlich weiter.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Das sind auch schon wieder so viele Punkte. Das passiert andauernd: Ich stelle eine klare Frage und kriege einfach die klare Antwort nicht. Ich habe gefragt: Bleibt es bei kinderstark bei der Mindestfördersumme von 25.000 Euro pro Jahr?

(StS Lorenz Bahr [MKJFGFI]: Ja!)

– Danke schön. Das wäre doch im ersten Aufschlag auch einfach möglich gewesen.

(StS Lorenz Bahr [MKJFGFI]: Ich habe es einfach vergessen! – Frank Müller [SPD]: Den Rest aber offenkundig nicht!)

– Bei zwei Fragen, die ich stelle, kann man natürlich eine vergessen.

(Eileen Woestmann [GRÜNE]: Was ist denn los mit euch?)

Dann gab es eine ganze Menge Punkte, unter anderem auch im Haushalt. Ich finde das bemerkenswert, weil die Bewirtschaftung des Haushaltes ja auch auf der Grundlage beruhen muss, was die Steuerschätzungen im Laufe eines Jahres ergeben. Das heißt, wenn es bei der Mai-Steuerschätzung geblieben wäre, hätten Sie damit entsprechend umgehen müssen. Oder hätten Sie dann 500 Millionen Euro Schulden aufgenommen? Das wäre in der Tat überraschend gewesen bei dem, wie sich die regierungstragenden Fraktionen immer wieder verhalten. Wenn sich dann im Verlauf herausstellt, dass doch zusätzliche Spielräume da sind, kann man diese Spielräume auch entsprechend nutzen, wenn man es denn will.

Ich finde ich es auch gut, dass Sie jetzt zum Ausdruck bringen, dass sich bei der Investitionskostenförderung etwas tun soll. Warum sagen Sie es dann nicht einfach, wenn wir die Frage stellen?

(StS Lorenz Bahr [MKJFGFI]: Das habe ich doch gerade!)

– Nein, wir haben bewusst die Frage zum Haushalt gestellt: Was ist mit den Förderätzen? Sie verweisen uns auf 2020 und tun so, als hätten wir eigentlich alle wissen müssen, dass sich an der Stelle etwas tut. Beantworten Sie doch einfach unsere Fragen. So böse sind unsere Fragen nicht, und so böse sind wir in der Regel auch nicht, dass man, wenn man uns informiert, noch mal nachfragt, denn dann wissen wir es nämlich.

Ich möchte an der Stelle nicht mehr auf jeden Punkt eingehen. Ich glaube, dass ein bisschen versucht wird, Verstecken zu spielen. Das ist wahrscheinlich das übliche Spiel zwischen Regierung und Opposition; nerven tut es trotzdem.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich finde auch, dass wir ja scharf formulieren können, aber Aggressivität brauchen wir hier nicht. Sonst könnte man hinterher glauben, ihr könnt euch gar nicht gut leiden. Das ist ja Quatsch.

(Frank Müller [SPD]: Vielleicht ist das ja auch so, Wolfgang!)

– Das glaube ich aber nicht; das habe ich schon anders erlebt.

(Frank Müller [SPD]: Doch, vielleicht schon!)

Marcel Hafke (FDP): Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, Herr Staatssekretär. Im KiBiz steht ja sehr genau, wie die Dynamisierung berechnet wird. Jetzt zu sagen, Sie hätten irgendwas vorgezogen ... Richtig ist, dass Sie den Dezember nicht abwarten, um auf die – in Anführungsstrichen – 10 % zu kommen. Das wäre der einzige Punkt, der vorgezogen ist. Im Dezember werden die genaue Prüfung und auch die Berechnung erfolgen, das heißt, es kann ins letzte Haushaltsberatungsverfahren einfließen.

Was wir meinen, ist eine Gesetzesänderung vorzunehmen, worüber wir seit Monaten sprechen, dass sie ab dem 1. Januar in Höhe von 10 % gilt, denn das benötigen die Träger. Ich glaube, das haben wir auch ziemlich klar zum Ausdruck gebracht. Deswegen ist das andere eigentlich, wie Kollege Maelzer sagt, die Gesetzesgrundlage. Was Sie machen, ist, was im Gesetz steht und so oder so kommt. Sich jetzt dafür abzufeiern, ist einfach zu wenig. Mehr Aufwand, mehr Arbeit wäre gewesen, die Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen. Soll ich Ihnen mal was sagen? Wir haben Gesetze schon innerhalb von einer Plenarwoche durchs Parlament gebracht, und wir diskutieren über diesen Punkt jetzt seit ...

(Jens Kamieth [CDU]: Und das beim KiBiz? Na wunderbar!)

– Da waren sogar ein paar mehr Milliarden drin. Wenn ich mich an die Coronazeit erinnere, waren 25 Milliarden Euro drin. Das macht nichts: Das hat eine Plenarwoche gedauert.

(Zuruf von Eileen Woestmann [GRÜNE])

Herr Kollege, wir sprechen über die Dynamisierung seit fast einem Jahr. Das Gleiche im Übrigen – ich war am letzten Gesetz durchaus beteiligt – mit dem Landeselternbeirat war mir schon völlig bewusst. Auch diese Position kann man in einem Gesetzgebungsverfahren ändern. Dafür braucht man auch kein Dreivierteljahr; das kann man auch in einem beschleunigten Verfahren in einem bis zwei Monaten durchbringen.

(Zuruf von Jens Kamieth [CDU])

– Herr Kamieth, damals unter Ute Schäfer gab es beim Thema „Rückstellungen“ von Kitaträgern in der laufenden Legislaturperiode eine Änderung am damaligen Kinderbildungsgesetz, was in einem zügigen Verfahren durchgebracht wurde, wo auch großer Reformbedarf anstand, den man auf später verschoben hat – egal ob die Kraft da war, das umzusetzen oder nicht. Man hat einzelne Punkte damals auch vorgezogen. Das ist auch legitim, wenn man feststellt, dass in gewissen Punkten, was im Gesetz steht, nicht passt. Dann macht man Einzeländerungen. Das ist nicht unüblich; das machen wir bei ganz vielen anderen Gesetzen auch, im Übrigen auch diese Landesregierung. Das kann man machen, wenn man will.

Das ist eine politische Entscheidung, Stichwort: Sommerfest. Das ist auch in Ordnung, dass Sie das politisch so wollen. Ich halte es für das völlig falsche Zeichen für die Familien und die Träger; die haben alle finanziellen Sorgen. Auch wenn es um verhältnismäßig kleine Summen geht, ist es ein Symbol, und das Symbol ist falsch an dieser Stelle. Wenn man über Gegenfinanzierung spricht, sollte man das Geld streichen, auch wenn es nur Planungskosten sind. Das Ding muss nicht organisiert werden und muss auch nicht stattfinden. Es gibt im Übrigen auch keinen Geländegewinn für Grüne oder CDU. Dadurch wird auch keine Wahlbeteiligung besser oder was auch immer. Es wird auch keiner groß abgefeiert. Das Geld wäre einfach in den Strukturen und im System besser aufgehoben.

Wir wollen Ihnen damit aufzeigen, dass das geht. Wenn dafür eine Gesetzesänderung notwendig ist, glaube ich nicht, dass es an dieser Stelle an SPD und FDP scheitert, das noch in diesem Jahr hinzubekommen. Es liegt ausschließlich an Ihnen. Es wird ja

auch kein anderer belastet. Sie brauchen noch nicht einmal großartige Verbändeanhörungen und Ähnliches auf den Weg zu bringen. Das kann man alles machen, wenn der Wille da ist. Daher ist das schon etwas enttäuschend, was das zum Ausdruck bringt, und wird der Lage in unserem Land einfach nicht gerecht. Das ist das Problem, was wir jetzt haben.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 1, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, laufende Nr. 2, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufend Nr. 3, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 4, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP, laufende Nr. 5, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 6, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich möchte eine persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten abgeben. In der Tat treibt es mich persönlich um, wie wir junge Menschen beim ÖPNV entlasten können. Die SPD-Fraktion hat deutlich weitergehende Vorstellungen, die heute im Rahmen der Tagesordnung noch behandelt werden. Dennoch werden wir Schritten, die in die richtige Richtung gehen, nicht die Zustimmung verweigern. Ich würde mir wünschen, wenn das öfter in diesem Ausschuss der Fall wäre.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, laufende Nr. 7, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 8, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Damit sie den gleichen Antrag wieder einbringen?)

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 9, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und SPD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, laufende Nr. 10, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 11, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD abgelehnt.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD, den unveränderten Einzelplan 07 anzunehmen.

(Wird heute nicht behandelt; siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

2 Schaffung eines Landesbetroffenenrats und Landesbeauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4023

Ausschussprotokoll 18/327

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4231

3 **Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowie ein echtes Solidarticket**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4584

Schriftliche Anhörung
des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 18/956
Stellungnahme 18/964
Stellungnahme 18/971
Stellungnahme 18/973
Stellungnahme 18/975
Stellungnahme 18/977
Stellungnahme 18/985
Stellungnahme 18/998
Stellungnahme 18/1034

(Der Antrag wurde am 15.06.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex an den Verkehrsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) fordert im Namen seiner Fraktion einen kostenfreien ÖPNV für Kinder und Jugendliche, zumal man im Sinne einer ökologischen Verkehrswende und Umweltgerechtigkeit am besten bei den Kindern anfangen sollte. Sodann trägt er kurz anhand des Antrags vor.

Marcel Hafke (FDP) spricht sich dafür aus, es Kindern und Jugendlichen, die sie sich andernfalls nicht leisten könnten, oder besonderen Zielgruppen die Teilnahme am ÖPNV zu ermöglichen, lehnt aber eine generelle Kostenfreiheit aus Solidaritätsgründen ab. Wer nämlich über mehr finanzielle Mittel verfüge, möge auch mehr bezahlen.

Jens Kamieth (CDU) hebt das Ziel hervor, die Verkehrswende zu erreichen, was aber mit der von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Kostenfreiheit nicht gelinge. Auch setze ein kostenfreies ÖPNV-Ticket voraus, dass es überhaupt öffentlichen Nahverkehr gebe, was aber insbesondere im ländlichen Raum nicht der Fall sei. Auch in den Ballungszentren gelinge ÖPNV nicht zum Nulltarif. Anstatt eines kostenlosen brauche man einen gut vernetzten ÖPNV und ein gemeinsames soziales und wirtschaftliches Zielbild. Der Bund möge endlich die dauerhafte Finanzierung des Deutschlandtickets zusagen. Dem VRS fehle die sozialökonomische Komponente.

Eileen Woestmann (GRÜNE) schließt sich Jens Kamieth an und erinnert an das Deutschlandticket für Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen für 29 Euro sowie für Menschen im Sozialleistungsbezug für 39 Euro, wobei der Betrag unter dem Anteil für Mobilität im ALG II liege. Es brauche auch ein solidarisches Studierendenticket.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

4 Das kleine A B C für eine kindgerechte Sprachförderung – NRW braucht ein ganzheitliches Konzept

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5429

Schriftliche Anhörung des
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Stellungnahme 18/981
Stellungnahme 18/986
Stellungnahme 18/991
Stellungnahme 18/992
Stellungnahme 18/996
Stellungnahme 18/999
Stellungnahme 18/1001
Stellungnahme 18/1002
Stellungnahme 18/1007
Stellungnahme 18/1033

(Der Antrag wurde am 23.08.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Marcel Hafke (FDP) stellt fest, die Stellungnahmen bescheinigten der alltagsintegrierten Sprachförderung ein gutes Zeugnis. Der Plan von Ministerin Paul und Ministerin Feller, ein Screening durchzuführen, habe zu massiven Irritationen geführt, die auch in der Plenardebatte nicht hätten aufgelöst werden können. So halte Prof. Zimmer ein Screening für falsch; stattdessen müsse man nämlich die alltagsintegrierte Sprachförderung ausbauen, evaluieren und alle Erzieherinnen und Erzieher in die Lage versetzen, sie anzuwenden. Andere Sachverständige äußerten sich ähnlich. Dieses Ziel hätten sich verschiedene Landesregierungen vorgenommen.

Er bittet den Staatssekretär, den Sachstand mitzuteilen, weil man nicht konterkarieren dürfe, was bereits gut laufe oder gut laufen sollte. Ein Screening komme ein Dreivierteljahr vor der Einschulung schlicht zu spät. Stattdessen müssten die Erzieherinnen und Erzieher frühzeitig Sprachdefizite erkennen können, um entsprechend gegenzusteuern, was gegenwärtig noch daran scheitere, dass nicht alle von ihnen über den notwendigen Schulungsstand verfügten. Er zeigt sich offen, auch über Veränderungen am Bestehenden zu sprechen, lehnt aber parallele Strukturen ab, zumal die Ministerinnen kein falsches Ziel verfolgten, wohl aber den falschen Weg einschlugen.

Eileen Woestmann (GRÜNE) unterstreicht die biografische Bedeutung von Sprache und Sprachförderung. In ihren ausgewogenen Stellungnahmen hätten die Sachverständigen das ganzheitliche Konzept zur Sprachförderung begrüßt. Auch sie spricht sich dagegen aus, Parallelstrukturen aufzubauen. Vielmehr gehe es darum, die bestehenden effektiven Programme besser zu vernetzen, gerade bei Sprachkitas und plus-KITAs. Das KiBiz enthalte bereits Regelungen zur Sprachförderung, deren Verfahren man verbessern möge. Die Sachverständigen bescheinigten Nordrhein-Westfalen zudem gute Fort- und Weiterbildungsangebote. Die pädagogischen Fachkräfte in den Kitas brauchten ausreichend Zeit für die Sprachentwicklung, sodass man dieses Thema für die anstehende Novellierung des KiBiz im Blick behalten müsse.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) bezeichnet die Stoßrichtung des Antrags als richtig, mit dem das mit Blick auf die dramatischen Studien dringend notwendige ganzheitliche Konzept entwickelt werden solle; könne doch jedes vierte Kind am Ende der Grundschule nicht richtig lesen und schreiben. Dieses Problem dürfe man nicht erst in der Grundschule oder ein Dreivierteljahr vor ihrem Beginn angehen. Die alltagsintegrierte Sprachförderung sowie die Bildungs- und Entwicklungsdokumentation böten zwar gute Instrumente, aber die verschiedenen Institutionen arbeiteten noch nicht gut zusammen. Frankreich mache vor, wie das besser gelinge, wozu man auch das Gesundheitswesen einzubeziehen sei.

Auch müsse ein festgestellter Sprachförderbedarf zur entsprechenden Ressourcensteuerung führen, damit jedes Kind mit den gleichen Chancen in die Grundschule starten könne, und deshalb wenigstens das letzte Jahr vor der Einschulung ein Chancengleichheit sein, sodass Screenings oder ähnliche Prozesse davor stattfinden müssten. Letztlich erreiche man damit bessere Ergebnisse der Studien in der Grundschule, was Jahre brauchen werde, weshalb er einen parteiübergreifenden Konsens begrüßte.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI) räumt angesichts der IQB-Studien Handlungsbedarf bei der Sprachförderung schon im Vorschulalter ein, wobei es sich nicht um die Aufgabe der Kita handle, die Kinder schulfähig zu machen, sondern ihnen Erziehung, Bildung und Förderung angedeihen zu lassen, um sie im Sinne des SGB VIII zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen. Auf den Einwand von **Marcel Hafke (FDP)**, dazu gehöre auch die Schule, widerspricht er, die Schule sei kein Teil des SGB VIII.

Weitere Delfin-Untersuchungen über Delfin-4 hinaus schließt er aus, zumal es auch gar keine Erkenntnisdefizite beim Sprachförderbedarf der Kinder mehr gebe. Die Landesregierung bleibe daher bei der Kinder- und Jugendhilfe und damit auch in den Kitas bei der alltagsintegrierten Sprachbildung, wofür sich auch fast alle Stellungnahmen aussprächen; danach reichten die gesetzlichen Grundlagen aus und müssten weiterentwickelt werden, woran die Landesregierung im Rahmen der KiBiz-Reform arbeite.

Bei der Frage, ob Sprachkitas in das KiBiz überführt und möglicherweise mit darüber hinaus bestehenden Förderprogrammen zusammengeführt würden, stehe man noch ganz am Anfang und werde entsprechende Vorschläge machen. Neben den Sprachkitas, für die das Land 37 Millionen Euro zur Verfügung stelle, finanziere es die Sprachförderung in den Kitas mit 100 Millionen Euro jährlich.

Das Schulministerium denke gegenwärtig darüber nach, im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung ein besonderes Augenmerk auf die Sprachförderung der Kinder zu legen, weil es sich dabei um den frühestmöglichen Termin handle. Sein Haus führe sehr intensive Gespräche mit dem Schulministerium, auch zu den im Antrag bzw. von den Sachverständigen formulierten Fragen. Wegen Problemen beim Übergang von der Kita in die Schule gingen mitunter gewonnene Erkenntnisse verloren. Zudem bestehe ein ausdifferenziertes Angebot bei logopädischem Bedarf. Beide Häuser führten gemeinsam Gespräche mit dem für die Eingliederungshilfe zuständigen MAGS. Kinder mit einem individuellen Sprachförderbedarf müssten zwingend Zugang zu diesem Angebot erhalten.

Wolfgang Jörg (SPD) gibt zu bedenken, aus entwicklungspsychologischer Sicht würden die Grundlagen für Sprache zwischen dem ersten und dem siebten Lebensjahr gelegt. Was in der Zeit nicht gelinge, könne später kaum wieder aufgeholt werden, weshalb man diese enorm wichtige Zeit außerordentlich gut im Blick behalten möge; werde es doch sehr schwer, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, wenn man nicht richtig sprechen könne.

Marcel Hafke (FDP) begrüßt die Einigkeit des Fachausschusses bei der Weiterentwicklung des Kita- und KiBiz-Systems, nämlich die alltagsintegrierte Sprachförderung weiter auszubauen. Er appelliert, das versäulte Denken in Ministerien zu überwinden, weshalb man den Staatssekretär des Schulministeriums oder die Ministerin selbst in die nächste Ausschusssitzung einladen möge, um an der Debatte teilzunehmen, denn beide Systeme müssten ineinandergreifen, um den Kindern in der Übergangsphase die dringend benötigte Unterstützung zu gewähren.

Er bezweifelt sinnvolle Konsequenzen, wenn man beim Screening Defizite in der Entwicklung der Kinder feststelle. Stattdessen möge man die Ressourcen besser anderswo investieren und das Schulministerium zur Mitarbeit schon zu einem früheren Zeitpunkt ermuntern. Wenn dies organisatorisch nicht möglich sei, müsse das Kabinett eine Lösung finden, um gemeinsam hilfreiche Schwerpunkte zu setzen. Letztlich wollten alle den Kindern mehr Chancen einräumen.

5 Ermöglichen statt ausbremsen – Kita-Gründungen durch Elterninitiativen vereinfachen und stärken

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6366

(Der Antrag wurde nach Beratung am 26.10.2023 mit den Stimmen aller Fraktionen an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen unter den Obleuten zu besprechen.

(Wird heute nicht behandelt; siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

6 Anstieg sexueller Übergriffe unter Kindern in NRW-Kitas. Sexualpädagogische Konzepte konsequent offenlegen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/6374

7 Brandbrief der Städte und Gemeinden an den Ministerpräsidenten – Unsere Kommunen brauchen eine kommunalfreundliche Landesregierung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6383

(Der Antrag wurde am 25.10.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex an den Ausschuss für Heimat und Kommunales – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

8 Gesicherte Förderung für thematisches Jugendtheater

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6387

(Der Antrag wurde am 25.10.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.)

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

9 Sexuelle Übergriffe unter Kindern in NRW-Kitas *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1884

Zacharias Schalley (AfD) kritisiert, dass die Landesregierung zahlreiche Auskünfte unter Berufung auf den Sozialdatenschutz verweigere, obwohl seine Fraktion explizit nicht nach den Kindern, sondern nach dem Handeln staatlicher Behörden gefragt habe. Insofern wolle er wissen, wann man von den Vorfällen Kenntnis erlangt sowie auf welche Weise und wie schnell man gehandelt habe.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) erinnert an sein Anschreiben an die Landesregierung zum in Rede stehenden Fall. Obwohl ihm der Staatssekretär noch am Rande des Plenums die Beantwortung zugesagt und er sie noch Anfang dieser Woche eingefordert habe, bleibe es bislang noch immer unbeantwortet. Dabei spreche man doch über Eltern, die sich hilfeschend an ihre Abgeordneten wendeten, sowie über die Frage, wie sich das Landesjugendamt verhalte und ob tatsächlich alle Fälle gemeldet würden.

Die Eltern fühlten sich alleingelassen, denen unter Verweis auf das zerstörte Vertrauensverhältnis aufgrund weiterer nicht gemeldeter Vorfälle mitunter sogar der Kitaplatz entzogen worden sei. Auch beruhten die Fälle angeblich auf Hörensagen, weshalb ihn interessiere, ob die Landesregierung darin einen Grund erkenne, solchen Hinweise nicht nachzugehen. Darüber hinaus gehe es auch um den Umgang mit den Kindern, die solche Taten begangen hätten. Er könne es den hilfeschendenden Eltern jedenfalls nicht erklären, warum das staatliche Gemeinwesen ihre drängenden Fragen nicht zeitnah beantworten wolle.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI) weist zurück, dass sein Haus nicht bereit sei, zeitnah zu antworten. In der Tat habe er Dr. Dennis Maelzer am Rande des Plenums zugesagt, seine Fragen zu beantworten, zugleich aber darauf hingewiesen, dafür noch geraume Zeit zu benötigen, denn die Fachaufsicht liege im konkreten Fall beim Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, nicht aber beim Landesjugendamt oder bei Ministerium. Die Landesregierung lasse die Eltern also mitnichten allein, sondern arbeite die Informationen auf, nachdem sie sie erhalten habe. Anschließend werde sie im Rahmen des Sozialdatenschutzes berichten. Auf Nachfrage von **Zacharias Schalley (AfD)** räumt er ein, mit Blick auf die umfangreichen Unterlagen, die zuvor vom Landesjugendamt geprüft werden müssten, noch keinen konkreten Zeitpunkt für den Bericht nennen zu können.

10 Kita-Zuschüsse per fachbezogener Pauschale. Nach welchen Kriterien werden die 100 Millionen Euro verteilt? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1831

Dr. Dennis Maelzer (SPD) möchte wissen, ob die Pauschale von der Zahl der von einem Jugendamt beantragten Kindpauschalen oder von der Zahl der Kindpauschalen abhängt, die im Jugendamtsbezirk auf die freien Träger entfielen. Auch wolle er wissen, ob die Jugendämter im Einzelfall prüften, ob sich die Träger wenigstens teilweise an den Tarifsteigerungen beteiligten, ob die Mittel gegebenenfalls nur anteilig ausgezahlt würden und ob das Land den Umgang der Kommunen überprüfe, sodass sie diese Mittel gegebenenfalls wieder zurückzahlen müssten. Zwar handele es sich landesseitig um das gewünschte unbürokratische Verfahren, aber es stelle sich die Frage, welche zusätzlichen Aufgaben es bei den Jugendämtern auslöse.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI) verweist auf den Bericht, wonach die Mittel als fachbezogene Pauschale an die Jugendämter zur Weiterleitung an die freien Träger inklusive der Kirchen und der Kindertageseinrichtungen ausgezahlt würden. Dabei handele es sich um die Kindpauschalen, die auf die freien Träger entfielen. Aus haushaltsrechtlichen Gründen müsse der Träger erklären, dass er die Tarifsteigerung wenigstens teilweise umsetze, weil die Mittel ja gerade der Überbrückung der Tarifsteigerung dienen. Deshalb dürften sie nicht an Träger ausgezahlt werden, die die Tarifsteigerungen nicht umsetzten.

Marcel Hafke (FDP) wirft die Frage auf, ob darunter auch Träger fielen, die sich an den bisherigen Tarifen orientierten.

11 Wie haben sich die Kita-Schließungen im laufenden Kita-Jahr und im Vergleich zum Vorjahr entwickelt? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1904

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI) berichtet:

Wie Sie wissen, ist es die Aufgabe der Meldung nach § 47 des SGB VIII, die zuständige Behörde in die Lage zu versetzen, auf negative Entwicklungsprozesse in der Einrichtung rechtzeitig zu reagieren. Primäre Aufgabe dieser Datenmeldung ist also nicht, statistische Entwicklungsprozesse zur Schließung von Einrichtungen zu beobachten; diese Einschränkung müssen wir mit Blick auf die Daten berücksichtigen. Dankenswerterweise haben die Landesjugendämter gleichwohl die Erhebung der Meldung nach § 47 infolge von Personalunterdeckung zunehmend angeglichen und seit Mai 2023 auch vereinheitlicht. Dies hilft der Landespolitik, zumindest gewisse Trends zu identifizieren; mehr kann man daraus nicht lesen.

Aus den Zahlen des LVR wird jedenfalls deutlich, dass wir eine Zunahme der Meldung nach § 47 in Folge von Personalunterdeckung auch schon für den Herbst 2022 beobachten können. Ganz vorsichtig: Das sind nur Trends; das sind Versuche einer Erklärung. Was die Gründe einer Personalunterdeckung anbelangt, werden keine Daten erfasst. Daher können nur mögliche wahrscheinlich Ursachen benannt werden. Die Ursachen für diese Meldung sind sicherlich vielfältig: Personal, welches kurzfristig den Arbeitgeber wechselt, Stundenreduzierung aus persönlichen Gründen, Elternzeit, Beschäftigungsverbote und eben vieles mehr ist denkbar.

Nach meiner persönlichen Einschätzung spielt zudem für den Herbst der insgesamt hohe Krankenstand in der Bevölkerung eine große Rolle. Das RKI hat aktuell auf Basis von GrippeWeb für die 43. Kalenderwoche – das ist der 23. bis 29. Oktober 2023 – geschätzt, dass rund 8,5 % der bundesweiten Gesamtbevölkerung eine Atemwegserkrankung aufweisen. Der Krankenstand liegt diesbezüglich immer noch über dem Vor-Corona-Niveau. Das trifft eben nicht nur unsere Ministerin am heutigen Tag, sondern auch viele Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen, in denen jede Infektionswelle mitgenommen wird; das wissen wir alle, die wir eigene Kinder haben.

Für die Beschäftigten, aber auch für die Kinder und die Familie ist das eine enorme Belastung. Deswegen ist es so wichtig, dass wir eine Strategie fahren, mit der wir kurz-, mittel- und langfristig mehr Personal für die Kindertageseinrichtungen gewinnen und ganz kurzfristige Maßnahmen eröffnen wie unter anderem mit der Personalverordnung mittlerweile Möglichkeiten, von denen die Träger als Arbeitgeber in ganz unterschiedlicher Weise Gebrauch machen, teilweise gar nicht. Für den Erfolg der Flexibilisierung der Landesregelung bauen wir deshalb auf eine noch aktivere Nutzung dieser Möglichkeiten auch durch die Träger als Arbeitgeber selbst.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) erkennt wenigstens im Bereich des Landesjugendamtes des LVR deutlich gestiegene Zahlen im Vergleich zum September des Vorjahres, was auf eine seit Jahren im Rahmen der Coronapandemie bestehende Überlastung von Erzieherinnen und Erziehern hindeute. Er wundere sich zudem, dass die Landesregierung nur Zahlen vom September zur Verfügung stelle.

12 Sachstand Umwandlung heilpädagogischer Einrichtungen (Kita) *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1877

– keine Wortbeiträge

13 Bericht zum Thema „FC 24 – Gaming in der offenen Kinder- und Jugendarbeit“ *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1901

Marcel Hafke (FDP) begrüßt das Vorgehen der Landesregierung, weil es sich um eine aus Sicht des Kinderschutzes bedenkliche Entwicklung handele. Daher halte er die Änderung der FSK-Einstufung zwar für sinnvoll, die aber für die Jugendhilfe erhebliche Probleme mit sich bringe. Deshalb wolle er wissen, ob sich die Landesregierung beim Hersteller für eine geänderte Version zur Nutzung in der Jugendhilfe oder für eine Änderung der Rahmenrichtlinie des Jugendschutzgesetzes einsetze, um solche Spiele etwa mit pädagogischen Fachkräften nutzen zu dürfen; schließlich spreche man über eines der begehrtesten Spiele.

ORR Torsten Groß (MKJFGFI) erläutert, die Landesregierung führe keine Gespräche mit dem Hersteller, wohl aber die FSK, wobei die Landesregierung den Stand der Gespräche nicht kenne. Als problematisch erweise sich bei solchen Spielen die Öffentlichkeit wie bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit, denn die möglichst schriftliche Zustimmung der Eltern im Einzelfall könne sich nur auf eine abgegrenzte Gruppe beziehen. Das Jugendschutzgesetz verbiete jedenfalls das Zugänglichmachen des Spiels in der Öffentlichkeit.

Marcel Hafke (FDP) gibt zu bedenken, auch andere Spiele mit der bisherigen Einstufung FSK 0 würden durch die Lootboxen eine höhere Einstufung erforderlich machen, was es für die Einrichtungen erschwere, die Spiele anzubieten. Im größten Bundesland könne die Landesregierung seiner Ansicht nach sehr wohl direkt mit dem Hersteller sprechen, um spezielle Versionen für die Träger zu verlangen, in denen eben die Lootboxen gesperrt blieben. Alternativ möge die Landesregierung die von ihm bereits angesprochene Änderung des Jugendschutzgesetzes prüfen.

14 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Wolfgang Jörg
Vorsitzender

4 Anlagen

04.12.2023/04.12.2023

**Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend
am 9. November 2023**

**Haushalt 2024
Einzelplan 07**

- Tischvorlage -

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
1	FDP	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfen, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ*)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von 2.985.900 Euro um 100.000 Euro auf 2.885.900 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Mittel für das Familienfest. Die Haushaltsmittel sind begrenzt, und es gibt dringendere Bereiche, die finanzielle Unterstützung benötigen. In Zeiten knapper Ressourcen ist es wichtig, die finanziellen Mittel auf solche Bereiche zu konzentrieren, die einen direkteren Einfluss auf das Wohl der Kinder, Jugendliche und Familien in NRW haben.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
2	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt Titel 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfen, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ*)</p> <p>Anpassung der Erläuterung</p> <p>Die Nr. 6 wird gestrichen</p> <p>Begründung:</p> <p>Im kommenden Haushaltsjahr ist kein Familienfest geplant, allerdings sind Kosten für die Planung eingestellt, diese sind in Anbetracht der aktuellen Haushaltslage freizugeben und für andere Dinge zu nutzen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
3	FDP	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</p> <p>633 70 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von 97.200 Euro um 97.200 Euro auf 0 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Aus dem Titel soll laut Erläuterung für Titelgruppe 70 Nummer 17 ein „Familienfest NRW“ ausgerichtet werden. Die Haushaltsmittel sind begrenzt, und es gibt dringender Bereiche, die finanzielle Unterstützung benötigen. In Zeiten knapper Ressourcen ist es wichtig, die finanziellen Mittel auf solche Bereiche zu konzentrieren, die einen direkteren Einfluss auf das Wohl der Kinder, Jugendliche und Familien in NRW haben.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
4	FDP	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen Titelgruppe 70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik 893 70 Zuschüsse für Investitionen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von 486.200 Euro um 113.800 Euro auf 600.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Es sollte weiterhin Ziel sein, Familien mit geringem Einkommen durch die Förderung einer Familienerholung in einer anerkannten gemeinnützigen Einrichtung gemeinsame Bildungs- und Freizeiterlebnisse zu ermöglichen. Damit einher geht, dass Einrichtungen der Familienerholung einen Unterkerungsstandard bieten, der gute Familienerholen bieten kann.</p> <p>Insbesondere in Zeiten hoher Kosten müssen sich Mittel für die Sanierung und Modernisierung der Familienferienstätten NRW auf einem entsprechenden Niveau bewegen. Vor diesem Hintergrund sollen in der Titelgruppe 70, Erläuterungs-Nr. 16b Mittel in Höhe von 600.000 Euro bereitstehen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
5	FDP SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe 547 20 Sächliche Verwaltungsausgaben für den Bereich KiBiz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von 8.167.700 Euro um 175.000 Euro auf 8.342.700 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) regelt in § 11 Absatz 4: „Der Landeselternbeirat erhält für die mit der Wahrnehmung der Aufgaben verbundenen Ausgaben bis zu 25.000 Euro jährlich. Die Auszahlung des Betrages für die Wahlperiode des Landeselternbeirates, also vom 1. Dezember bis 30. November des Folgejahres, erfolgt ab Januar nach der Wahl.“</p> <p>Für eine aufgaben-adäquate Finanzierung benötigt der Landeselternbeirat NRW (LEB NRW) eine entsprechende Erhöhung der für ihn vorgesehen Mittel. Diese Mittel setzen sich aus einem Budget für Sachmittel in Höhe von 80.000 Euro jährlich für die Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeiten sowie 120.000 Euro jährlich für eine ständige Geschäftsstelle zusammen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
6	FDP	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 61 Kinder- und Jugendförderplan neuer Titel Kostenfreie ÖPNV Nutzung für Jugendleiter-Card-Inhaber</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von um 4.998.000 Euro auf 4.998.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Um ehrenamtliche Verbandsarbeit attraktiv zu halten, soll die Inhaberinnen und Inhaber der Jugendleiter-Card berechtigt werden, in Nordrhein-Westfalen den ÖPNV mit dem Deutschland-Ticket kostenlos zu nutzen.</p> <p>Die entsprechenden Mittel für die jährlichen Kosten eines NRW-weiten/deutschlandweiten Fahrscheins für die rund 7.000 Jugendleiter-Card-Inhaber werden über den Kinder- und Jugendförderplan bereitgestellt. Darüber hinaus beinhaltet der Ansatz Mittel für neubeantragte Karten im Jahr 2024.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
7	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 64 Leistungen für Mädchen in besonderen Lebenslagen Titel 684 64 Zuschüsse an freie Träger</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von</p> <p>von 1.118.100 Euro um 31.700 Euro auf 1.149.800 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Bei der Arbeit mit Mädchen in besonderen Lagen darf nicht gekürzt werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
8	FDP	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 68 Koordinierung der Maßnahmen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und für jugendliche Flüchtlinge 633 68 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von 3.306.300 Euro um 93.700 Euro auf 3.400.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Mittel zur Koordinierung der Maßnahmen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und für jugendliche Flüchtlinge sollen mindestens auf dem gleichen Niveau wie 2023 verbleiben, da die Bedürfnisse dieser besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen konstant bleiben oder sogar steigen können.</p> <p>Es ist entscheidend, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände ausreichende Mittel zur Verfügung haben, um die Bedürfnisse von Kindern aus Flüchtlingsfamilien und jugendlichen Flüchtlingen zu erfüllen und deren erfolgreiche Integration in die Gesellschaft zu fördern.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
9	FDP	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 68 Koordinierung der Maßnahmen für Kinder aus Flücht- 684 68 lingsfamilien und für jugendliche Flüchtlinge Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von 8.946.500 Euro um 253.500 Euro auf 9.200.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Mittel zur Koordinierung der Maßnahmen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und für jugendliche Flüchtlinge sollen mindestens auf dem gleichen Niveau wie 2023 verbleiben, da die Bedürfnisse dieser besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen konstant bleiben oder sogar steigen können.</p> <p>Es ist entscheidend, dass insbesondere die Jugendverbandsarbeit in diesem Bereich ausreichende Mittel zur Verfügung haben, um die Bedürfnisse von Kindern aus Flüchtlingsfamilien und jugendlichen Flüchtlingen zu erfüllen und deren erfolgreiche Integration in die Gesellschaft zu fördern.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
10	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 70 Maßnahmen zur Kinder- und Jugendarmutsprävention Titel 633 70 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH 2024</p> <p>von 13.716.100 Euro um 1.414.200 Euro auf 15.130.300 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Gerade bei der Frage der Prävention von Kinder- und Jugendarmut kann es keine höhere Priorität im Haushalt geben.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

**Änderungsantrag der Fraktion/-en zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
11	FDP	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 80 Ausbildungsoffensive Kindertagesbetreuung Titel 633 80 Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>HH 2024 von 10.704.500 Euro um 2.956.100 Euro auf 13.660.600 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>In der aktuellen Krise der Kindertagesbetreuung dürfen die finanziellen Mittel nicht unter das Niveau des vergangenen Haushaltsjahres fallen. Entsprechend müssen die Mittel auf dem Niveau des Vorjahres verbleiben. Dies gilt insbesondere für die Ausbildungsoffensive Kindertagesbetreuung. Mittel dieses Titels können auch für die Vergütung eines Freiwilligen Sozialen Jahres in einer Kindertageseinrichtung genutzt werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>



AfD-Fraktion NRW • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg MdL
- per E-Mail -



Düsseldorf, den 02.10.2023

Beantragung eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema sexuelle Übergriffe unter Kindern in NRW-Kitas

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der AfD-Landtagsfraktion beantrage ich gemäß bestehender Vereinbarung folgenden Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 09.11.2023:

Sexuelle Übergriffe unter Kindern in NRW-Kitas

In einer Kindertagesstätte im Ruhrgebiet kam es vermehrt zu sexuellen Übergriffen zwischen Kindern, bei denen mindestens 15 Kinder, einschließlich eines dreijährigen Kindes, betroffen waren. Die Vorfälle umfassten Situationen, in denen Kinder andere Kinder dazu drängten, ihre Genitalien zu zeigen, sich gegenseitig in den Mund zu urinieren oder den Versuch unternahmen, Gegenstände in die Genitalien einzuführen. Über einen längeren Zeitraum fühlten sich viele Eltern von der Kita, dem Träger und dem Landesjugendamt nicht ausreichend ernst genommen und unternahmen verzweifelnde Schritte. Dazu gehörten Gespräche mit der Kita-Leitung, die Einbeziehung des Jugendamts und des Landesjugendamts sowie die Organisation von Treffen. Einige Eltern meldeten ihre Kinder aufgrund des Vertrauensverlusts von der Einrichtung ab, während anderen Familien seitens des Trägers gekündigt wurde.

Zusätzlich werfen die Eltern der betroffenen Kinder der Kindertagesstätte und dem Träger vor, die Vorfälle herunterzuspielen und Informationen nicht ausreichend an die Behörden weiterzugeben.

Trotz der Tatsache, dass einer der Jungen, der maßgeblich an den Übergriffen beteiligt war, die Kindertageseinrichtung nicht mehr besucht, besteht weiterhin die Besorgnis, dass andere Kinder dieses Verhalten möglicherweise nachahmen könnten. Einige der betroffenen Kinder haben therapeutische Unterstützung erhalten, um die Auswirkungen der Vorfälle zu bewältigen.¹

Kita-Träger sind gesetzlich verpflichtet, ein Kinderschutzkonzept zu haben und in Fällen von Übergriffen auf das Wohl der Kinder zu achten und diese Vorfälle zu melden. Neben den wichtigen Kinderschutzkonzepten verfügen einige Kindertageseinrichtungen zusätzlich über ein sexualpädagogisches Konzept, was in Nordrhein-Westfalen keine Ausnahme darstellt. Räume zur sexuellen Selbsterkundung oder Doktorspiele mit festgelegten Spielregeln sind bereits weit verbreitet. Gleichzeitig hat sich die Anzahl der Fälle sexueller Übergriffe in Kindertageseinrichtungen teilweise fast verdoppelt.

Ich bitte die Landesregierung daher in dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen und in ihrem Bericht unter anderem die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie hat die Kita-Leitung auf die Berichte der Eltern und der Kinder reagiert?
2. Welche Maßnahmen wurden seitens der Kita und des Trägers ergriffen?
3. Wann wurden die Vorfälle dem Landesjugendamt gemeldet?
4. Wie hat das zuständige Landesjugendamt auf die Vorfälle reagiert?
5. Welche Maßnahmen hat das Landesjugendamt ergriffen?
6. Verfügt die betroffene Kindertageseinrichtung über ein sexualpädagogisches Konzept?
7. Wenn ja, werden in diesem Konzept "Doktorspiele" erwähnt?
8. Wurden die Eltern über die Inhalte des sexualpädagogischen Konzepts informiert?
9. Inwieweit wurden die Erzieher der betroffenen Kindertageseinrichtung auf mögliche Anzeichen von sexuellen Übergriffen unter Kindern und den angemessenen Umgang damit geschult?
10. Hat die betroffene Kindertageseinrichtung in der Vergangenheit Projekte oder Veranstaltungen im Zusammenhang mit Sexualaufklärung durchgeführt?
11. Wie viele Fälle sexueller Übergriffe unter Kindern wurden dieses Jahr den beiden Landesjugendämtern in NRW gemeldet?
12. Sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen sexualpädagogischen Konzepten in Kindertageseinrichtungen und dem Anstieg sexueller Übergriffe unter Kindern?

Mit freundlichen Grüßen,
Zacharias Schalley, MdL

¹ https://rp-online.de/nrw/panorama/kitas-nrw-sexualisierte-gewalt-und-uebergriffe-unter-kindern_aid-98326333



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg MdL
- per E-Mail -



DENNIS MAELZER
Familienpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2158
F 0211.884-3185
EMail dennis.maelzer@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

30.10.2023

Beantragung von TOPs für die Sitzung am 09.11.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende Berichtspunkte für die kommende Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 9. November 2023

1. Kita-Zuschüsse per fachbezogener Pauschale. Nach welchen Kriterien werden die 100 Millionen Euro verteilt?
2. Wie haben sich die Kita-Schließungen im laufenden Kita-Jahr und im Vergleich zum Vorjahr entwickelt?
Bitte aufgeschlüsselt nach Landesjugendämtern, Jugendamtsbezirken und Grund der Schließung.
3. Sachstand Umwandlung heilpädagogischer Einrichtungen (Kita).

Wir bitten die Landesregierung um schriftliche Berichte im Vorfeld der Sitzung und um die Anwesenheit der zuständigen Fachministerien in der Sitzung des Ausschusses am 9. November 2023.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dennis Maelzer

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP****Marcel Hafke**Mitglied des Landtags NRW
Parlamentarischer Geschäftsführer

An

Wolfgang Jörg MdLVorsitzender des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Im Hause

Montag, 30. Oktober 23

Beantragung eines schriftlichen Berichts zum Thema "FC 24 - Gaming in der offenen Kinder- und Jugendarbeit"

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktion der FDP beantrage ich für die nächste Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am Donnerstag, den 09. November 2023, folgenden Tagesordnungspunkt:

Bericht zum Thema "FC 24 - Gaming in der offenen Kinder- und Jugendarbeit"

Ich möchte die Landesregierung bitten, im Rahmen der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am Donnerstag, den 09. November 2023, einen schriftlichen Bericht zur oben genannten Sache vorzulegen und in der Sitzung mündlich vorzustellen.

In den Jugendzentren, Jugendtreffs und generell in der offenen Kinder- und Jugendarbeit gehören Videospiele mittlerweile zum festen Angebot. Hauptsächlich kommen Konsolenspiele zum Einsatz.

Insbesondere aktuelle Titel sind beliebt und stellen, so sie in den Einrichtungen zur Verfügung stehen, einen Anreiz für Kinder- und Jugendliche dar, das Angebot der Kinder- und Jugendarbeit in Anspruch zu nehmen. Gaming gehört zur Jugendkultur dazu und kann im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit sinnvoll medienpädagogisch betreut werden.

Grundsätzlich muss beim Gaming in den Jugendtreffs und -Zentren auf die rechtlich Altersfreigabe für Computerspiele geachtet werden. Zu einem der beliebtesten Titel gehört die Fussballsimulation "FIFA" die durch den Entwickler und Publisher "EA Sports" vertrieben wird. Nun ist die aktuelle Version unter dem Namen "FC 24" erschienen. Anders als FIFA 23 und allen Vorgängern ist EA Sports FC 24 nicht mehr ohne Einschränkungen freigegeben.

Die USK gibt das Fußballspiel erst ab 12 Jahren frei und nennt hierfür drei wesentliche Gründe: Erstens Handlungsdruck im Spiel – etwa durch Countdowns, Timer und

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4430
fdp-fraktion@landtag.nrw.de
fdp.fraktion.nrw @FDPFraktionNRW /FDPFraktionNRW fdpfr_nrw FDPFraktionNRW

Marcel HafkeMitglied des Landtags NRW
Parlamentarischer Geschäftsführer

zeitlich begrenzte ‚Angebote‘; zweitens In-Game-Käufe und zufällige Objekte – eine euphemistische Umschreibung hierfür ist Lootbox(en) und drittens Chats – weil die Online-Kommunikation innerhalb des Spiels insbesondere für Kinder und Jugendliche grundsätzlich Risiken bergen kann, Stichwort: Cybergrooming.

FC 24 stellt somit für Jugendtreffs und Jugendzentren eine Herausforderung dar, so der Titel dort gespielt werden soll.

Ich bitte die Landesregierung daher im Bericht darzulegen, wie die Landesregierung im allgemeinen die offene Kinder- und Jugendarbeit im Bereich Gaming unterstützt und dies auch in dem speziellen Fall des beliebten Titels "FC 24" tut. Hierbei bitte ich um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung dass das Spiel "FC 24" in Jugendzentren gespielt werden kann?
2. Welche Empfehlungen gibt die Landesregierung an die offenen Kinder- und Jugendarbeit bezüglich des Umgangs mit FC 24?
3. Steht die Landesregierung in Kontakt mit dem Publisher um sich ggfs. über die Möglichkeit von einer FSK 0-Version von FC 24 zur Nutzung in Jugendzentren zu verständigen?
4. Welche Empfehlungen gibt die Landesregierung an Jugendzentren bezüglich des Umgangs mit Videospiele die altersbeschränkt sind und insbesondere mit Spielen die Lootboxen beinhalten?

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Hafke

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4430
fdp-fraktion@landtag.nrw.de
fdp.fraktion.nrw